

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

„Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits-, und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 67.

Mittwoch, den 21. März 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Prassende Junfer und hungernde Arbeiter.

— Ginge das Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz, über welches in den letzten Wochen so viel gesprochen und geschrieben worden ist, in seiner gegenwärtigen Fassung durch, so würde obiger Titel in Wahrheit die beste Bezeichnung für die alsdann sich entwickelnde wirtschaftliche Lage sein. Das Gesetz tritt in allerhöchster Zeit vor die Entscheidung; hinter den Coulissen wird gegenwärtig mit Hochdruck gearbeitet und wenn auch die Regierung, da sie doch nicht mit sehenden Augen in einen Deutschlands Export nahezu vernichtenden Zollkrieg mit Amerika hineinrennen kann, nicht den ganzen Wunschzettel der Junfer acceptiren wird, so ist doch kein Zweifel, daß sie ihnen, so weit sie eben kann, entgegen kommen wird. Darin liegt das Gefährliche der gegenwärtigen Lage. Unsere arbeitende Bevölkerung hat daher alle Ursache, der Entwicklung der Dinge mit größter Aufmerksamkeit zu folgen, wenn sie nicht will, daß auch das letzte Stückchen Fleisch vom Tische der Arbeiterfamilie verschwinde und sie vollständig auf Kartoffel-, Surrogat- und Abfallnahrung angewiesen wird.

Gegen das Prinzip der ursprünglichen Fleischbeschauvorlage der Regierung hatte ja auch die Sozialdemokratie wenig einzuwenden gehabt. Wir Sozialdemokraten werden stets dabei sein, wenn es gilt, die Schweinerei, die heute in Würste verarbeitet wird, das Fleisch alter und folglich gänzlich unnahbarer Pferde, das Hundefleisch, welches heute Alles die breite Volksmasse konsumiren muß, scharfer Kontrolle zu unterstellen. Wir haben deshalb auch entsprechende Anträge gestellt. Als aber die Regierungsvorlage an die Kommission kam, begann das Junferthum seine Thätigkeit und änderte völlig den Sinn der Vorlage. Aus einem bloßen Schutzgesetz des Konsumenten wurde ein wirtschaftliches Kampfgesetz gemacht, dessen Tendenz sich gegen das ausländische Fleisch richtete. Der hauptsächlichste Inhalt des Gesetzes ist gegenwärtig der, daß vom Tage der Veröffentlichung des Gesetzes verboten werden soll: die Einfuhr von eingepökeltem und ähnlich zubereitetem Fleisch, ausgenommen Schweinefleisch, Speck und Därme, Fleisch in Büchsen (Corned Beef), Würste und sonstige Gemenge aus zerleinertem Fleisch. Frisches Fleisch soll bis zum 31. Dezember 1903 — also bis zum Ablauf der gegenwärtigen Handelsverträge — noch eingeführt werden dürfen, aber nur in ganzen Thierkörpern, die bei Kindern und Schweinen in Hälften zerlegt sein können, doch müssen bestimmte Eingeweidetheile noch mit dem Körper in natürlichem Zusammenhange verbunden sein. Nach dem 31. Dezember 1903 soll auch diese Einfuhr aufhören, d. h. die Junfer wollen dann ihr höchstes Ziel erreichen: die ganze ausländische Konkurrenz ausschließen, damit sie ungehindert von den deutschen Fleischkonsumenten Höchstpreise für ihr Vieh und ihre Schweine fordern können.

Kein Staat kann einen derartigen Schlag ins Gesicht ungerührt hinnehmen. Was würden wir Deutschen wohl sagen, wenn unsere benachbarten Staaten wichtigen Zweigen unserer heimischen Produktion mit nichts da nichts durch das Mittel eines glatten Einfuhrverbots den Markt sperren! Dazu kommt aber noch, daß das Junfervorgehen auf Kosten der deutschen Volksmassen geschieht. Ganz ungeschminkt und frech haben die Junfer erklärt, sie wollen für Amerika die Fleischsperrre, damit das deutsche Volk gezwungen sein soll, ihnen höhere Preise für das Vieh zu bezahlen. Unsere Schulden wachsen, folglich müssen wir mehr einnehmen, also, Bruder Arbeiter, bezahle uns unser Kindvieh und unsere Schweine höher. Diese agrarische Unverschämtheit, die Schulden der Güter aus den Taschen des Arbeiters zu bezahlen, grenzte beinahe ans Komische, wenn sie nicht so verflucht ernsthaft gemeint wäre.

Unser Verhältnis zu Amerika würde durch diese in zweiter Lesung angenommenen Beschlüsse von Grund aus erschüttert werden. Noch hat die deutsche Textilindustrie zu würgen an den Strangulationsversuchen, die Amerika i. H. uns gegenüber im Kampf um die Mac Kinley-Bill versucht hat, und schon jetzt der Junfer-

übermuth die deutsche Industrie ähnlichen Gefahren aus. Amerika hat uns für den Fall der endgiltigen Annahme obiger Bestimmungen bereits Rebressalien angekündigt. Unsere Industrie würde die schwersten Schädigungen erleiden und den erhöhten Junferprofit hätte der deutsche Arbeiter mit verminderten Löhnen, vermindelter Arbeitsgelegenheit, Krisis und hohen Fleischpreisen zu bezahlen.

Freilich ist unser Junferthum um Anreden nicht verlegen. Graf Ranis sagte bei der zweiten Lesung: wenn Amerika unsern Export behinderte, könnten wir ja seine erheblich höhere Einfuhr nach Deutschland ebenfalls bedingen. Zugestanden, daß dies richtig sei, ändert es gar nichts an der Sachlage! Wenn unsere Regierung den Dankes durch Einfuhrverbote ihre ganze Einnahme aus Deutschland unterbindet, hat darum der deutsche Arbeiter noch keinen Pfennig Lohn mehr; im Gegentheil, der Kampf wird verschärft. Im Weiteren sagen die Junfer: sie seien im Stande, den Fleischbedarf Deutschlands vollständig selbst zu decken. Das ist einfach Spiegelschere!

Als vor einiger Zeit Graf von Bülow, der Minister des Auswärtigen, im Reichstage nachwies, daß 3 Millionen Schweine und 500 000 Rinder in Deutschland alljährlich fehlten, um den Bedarf selbst zu befriedigen, erklärte das Redaktionsorgan der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“, daß sei falsch, der Staatssekretär habe sich in beiden Fällen um eine Null geirrt. Nun hat jedoch vor wenigen Tagen, in der Sitzung des Landwirtschaftsrathes zu Berlin eine agrarische Autorität, der Herr von Mendel-Steinfeld, Landesökonomiarth in Preußen, gesagt, es sei ein ideales Ziel, selbst zu produziren, was wir konsumiren. Dieses Ziel zu erreichen, erscheine bei der starken Steigerung der heimischen Produktion durchaus möglich. (?) Diese liefere an Schlachtungen bereits 40 Millionen Doppelpentner, während der Gesamtverbrauch 55 Millionen Doppelpentner beträgt. Es fehle also, nach der Feststellung dieser agrarischen Autorität, alljährlich an unserm Fleischbedarf 15 Millionen Doppelpentner, die wir vom Auslande beziehen müssen. Man sagt freilich die Autorität der Agrarier, daß die 15 Millionen mehr zu produziren, „durchaus möglich“ sei. Das wäre eine Steigerung von über 27 Prozent des Konsums! Wollen die Agrarier uns wirklich weis machen, daß sie in knapp drei Jahren diese Steigerung in der Viehproduktion erzielen können?! Das glaubt ihnen kein Mensch und die Agrarier glauben es auch selbst nicht. Weil sie aber, nach dem Verbot der ausländischen Fleischzufuhr, das entstehende Manko nicht zu decken vermögen und auch gar nicht decken wollen, wird eine exorbitante Erhöhung der Fleischpreise die direkte Folge sein, die dem Arbeiter und armen Mann es völlig unmöglich machen wird, Fleisch zu konsumiren.

Daß Agrarier mit ihrer Gesetzesänderung nichts Anderes bezwecken, als sich die Tasche zu füllen, zeigt die Art, wie sie mit der ernsthaftesten und besten Bestimmung des Gesetzentwurfs umgesprungen sind. Auf den Gütern der Junfer und in zahlreichen anderen Betrieben wird bekanntlich schlechtes Fleisch im Hause geschlachtet, an die Arbeiter, das Gefinde, „verfüttert.“ Diesem Zustande sollte durch das Gesetz ein Ende gemacht werden. Und was thaten die Agrarier? Sie brachten die Bestimmung zu Falle, sie lehnten den Paragraphen ab, der auch die Hauschlachtungen abhängig von einer vorherigen behördlichen Untersuchung des Fleisches machen wollte. Es wäre ja auch unerhört, wenn man die edlen Herrn zwingen wollte, ihrem verachteten „Gefinde“ ordentliches Fleisch zu geben. Die schändliche Form, in der die Agrarier diesen besten Paragraphen des Gesetzes zu Falle gebracht haben, muß umso mehr Entrüstung erwecken, als die Nothwendigkeit der Einbeziehung der Hauschlachtungen in die Fleischschau gerade gegenwärtig durch die Statistik dargethan wird. Der General-Oberarzt Villaret in Frankfurt hat unlängst durch statistische Beiträge die Nothwendigkeit der Einbeziehung der Hauschlachtungen nachgewiesen, und er betont mit Recht, daß ein Fleischschaugesetz in hygienischer Hinsicht unzureichend sei, wenn die Hauschlachtungen nicht einbezogen wären. Was Villaret in Bezug auf den Berliner Schlachthof sagt, eröffnet trübe Perspektiven. Auf dem Berliner Schlachthof besteht die sogen. Vorschau, d. h. es wird alles frankscheinende Vieh vorher ausgemerzt. Trotzdem wurden unter 15 1/4 Millionen Schlachtthieren 86 018 Haupt nach der Schlachtung so durch und durch krank

gefunden, daß ihr Fleisch nicht für den Consum zugelassen werden konnte! 1883/88 waren unter 1000 Rinder 7,96 tuberkulös, 1893/98 bereits 32,59 unter Tausend. Bei den Schweinen nimmt, durch die Fütterung mit Molkerei-Abfällen, die Tuberkulose ebenfalls zu; vor 15 Jahren waren unter 1000 Schweinen 20 tuberkulös, heute schon über 23. Villaret berechnet, daß unter 14 1/2 Millionen Schweinen, dem Bestand von 1897, sich 200,000 tuberkulöse Stück befanden! Und diese Zahl ist beständig im Wachsen. Sie spricht mit furchtbarer Deutlichkeit für Ausdehnung der Schlachtungsuntersuchungen auf das Haus. Aber was schert sich das Junferthum um die hygienischen Gründe?

Aber gerade dieses Verhalten des Junferthums zeigt, daß die „hygienischen Gründe“, die es selbst geltend gemacht hat für das ganze Gesetz, nur Verwämmlung sind für den wahren Zweck: Vertheuerung des Fleisches im Junferinteresse. Die Agrarier wollen die Füllung ihres Geldbeutels, damit sie prassen können und es spielt für sie keine Rolle, daß es auf Kosten hungernder Arbeiter geschieht.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 19. März 1900.

Im Reichstage herrschte heute idyllische Ruhe. Die Obstruktion der letzten Tage hat in allen Parteien Verheerungen angerichtet, die Herren sind mürbe geworden und in der weitaus größten Mehrzahl wieder zu Muttern gereift. Nur zwei bis drei Duzend Volksvertreter waren heute in Berlin anwesend und von diesen hielt sich oft nur die Hälfte im Sitzungssaal auf.

Verhandelt wurde zunächst der Etat des Reichseisenbahnamts. Von den Rednern der verschiedensten Parteien wurden wieder die alten Klagen darüber laut, daß dieses Reichsamt viel zu wenig Einfluß auf die Eisenbahnverwaltungen der Einzelstaaten habe. Von freisinniger Seite verlangte man die Herabsetzung der Personentaxen. Aber alle diese vorgebrachten Beschwerden werden kaum einen nennenswerthen Erfolg haben. Von unserem Genossen Calwer wurden die schäblichen Verkehrsverhältnisse in Braunschweig erörtert. Die Genossen Stolle und Hoch nahmen sich energisch der unteren Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter an. Sie wiesen auf die Maßregelung der Eisenbahner durch die Verwaltungen der Einzelstaaten hin und verlangten für sie volle Koalitionsfreiheit, damit sie sich nicht länger als Reichsbürger zweiter Klasse zu fühlen brauchten. Schließlich wurde noch der Etat des allgemeinen Pensionsfonds debattelos bewilligt und die weitere Etatsberatung auf morgen vertagt.

171. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Podbielski.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Etats für das Reichseisenbahnamt.
Fachsine (Fg.) tritt für Vereinfachung und Verbilligung der Tarife ein. Für die Verbilligung der Tarife ist Herr von Thielen nicht zu haben. Er fürchtet einen Einnahmefall. Dieser würde aber durch die Zunahme des Verkehrs sofort gedeckt werden.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz: Für die norddeutschen Bahnen wird wohl eine Ermäßigung des Personentarifs dadurch eintreten, daß man das Freigepäck abschafft. Die Haupt Schwierigkeit liegt darin, das richtige Niveau für die allgemeine Tarifermäßigung zu finden. Was die Einzelstaaten betrifft, so kann das Reichseisenbahnamt sie nicht zwingen, Tarifermäßigungen einzuführen. Ueber einen einfachen Gepäcktarif ist ein Einverständnis nahezu erzielt.

Calwer (SD.): Trotz vieler Petitionen an den preussischen Landtag und an den preussischen Eisenbahnminister ist bisher nichts geschehen, um den großen Anzuträglichkeiten und Nöthständen in den Braunschweiger Eisenbahnverhältnissen abzuhelfen. Es steht fest, daß Braunschweig in seinen Verkehrsverhältnissen schlechter gestellt ist als die angrenzenden Staaten. Selbst der preussische Eisenbahnminister hat zugegeben, daß die Bahnverhältnisse in der Hauptstadt Braunschweig unhaltbar sind. In Wolfenbüttel vollends, wo die Bahn die Stadt in zwei Stücke zerschneidet, ist der Verkehr geradezu lebensgefährlich. Die preussische Verkehrs-politik bringt eine große Schädigung des Braunschweiger Arbeitsmarktes. Die Verkehrsbegehung ist so eingeschränkt, daß die Fluktuation der Arbeiter stark beeinträchtigt wird. Die auswärtige Konkurrenz wird durch eine eigenartige Handhabung der Tarif-politik begünstigt. Auf jede Weise will die preussische Verkehrs-politik die Entwicklung des industriellen Lebens in Braunschweig hemmen. Dadurch wird natürlich das ganze Niveau der Lebenshaltung der Arbeiterklasse herabgedrückt. Ich bitte das Reichseisenbahnamt dringend, dafür zu sorgen, daß Braunschweig in seinen Eisenbahnverhältnissen nicht schlechter dasteht, als die angrenzenden Staaten. (Bravo! links.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Dr. Schulz bemerkt

in der vom Redner erwähnten Angelegenheit seien Beschwerden an das Reichseisenbahnamt noch nicht gelangt. Die Betriebsicherheit liege auf den braunschweigischen Bahnen nicht minder gut als auf allen übrigen. Im Uebrigen seien die Beschwerden des Redners, die meist drücklicher Natur wären, mehr zur Verhandlung im Einzelparlament geeignet.

Dr. Müller (Fp.): Nach den Ausführungen des Präsidenten des Reichseisenbahnamts haben wir auf eine baldige Tarifreform leider nicht zu rechnen. Ich möchte noch anfragen, wie sich Herr Dr. Schulz zur Frage der Tarifermäßigung für Militärpersonen auf Urlaub stellt, und wie zum Wunsche des Reichstages, daß jeder Soldat während seiner Dienstzeit einmal freie Fahrt nach der Heimath haben soll. Die Bewegung der Truppen auch im Frieden ist jetzt viel größer als früher. Die Eisenbahnen werden also viel mehr in Anspruch genommen. Da ist es eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die Eisenbahnen ihrerseits dem Bedürfnisse der Mannschaften in höherem Maße als bisher gerecht werden. (Beifall links).

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz: Der Bundesrath hat den früheren Satz von 1 1/2 Pfennig pro Kilometer für Massentransporte auf einen Pfennig ermäßigt. Bei den Urlaubsreisen hat der Bundesrath Ermäßigungen nicht für zweckmäßig gehalten. Der Redner hat gewünscht, es möchte jedem Soldaten einmal während seiner Dienstzeit freie Fahrt in die Heimath gewährt werden. Der Bundesrath würde kaum in der Lage sein, die Eisenbahn dazu zwingen zu können.

Stolle (SD): Die Zahl der Eisenbahnunfälle hat sich von Jahr zu Jahr vermehrt. Das liegt vor allem daran, daß das Betriebspersonal zum großen Theil eine so lange Arbeitszeit hat. Reber 72 000 Beamte haben eine z. B. 12stündige Arbeitszeit, 260 sogar eine 15-16stündige Arbeitszeit. Auch mehr Ruhetage müssen den Beamten gewährt werden, was der Reichstag schon wiederholt in Resolutionen zum Ausdruck gebracht hat. Eine große Zahl von Unfällen fällt sich nur erklären aus dem Sparsystem, das bei den Eisenbahnverwaltungen vorherrscht. Eine Brandkatastrophe ereignete sich in einem Personenzug Berlin-Breslau. Der Radetwagen geriet in Brand, der Zug hielt auf der nächsten Station. Infolge der Fehlers von Vorrichtungen verbrannten 15 000 Pakete. Da sollte man doch dafür sorgen, daß auf jeder Station eine Löscheinrichtung zu finden ist. Herr von Thiele hat eine Verfügung an die Betriebsinspektoren erlassen, in der geradezu Anweisung zum Sparen von Hilfskräften erlassen wird. So sollen Eisenbahnarbeiter nach 10stündiger Dienstzeit noch zwei Stunden Dienst an Nebenwegen leisten. Kann man bei solchen Zukündern bei den Eisenbahnarbeitern Berufsfreiheit erwarten? Dabei degradirte man die Eisenbahnarbeiter geradezu zu Staatsbürgern zweiter Klasse. Ihnen ist jede Möglichkeit genommen, ihre Lage zu verbessern. Der Eintritt zu dem Berufe, der sich die Hebung der Lage der Eisenbahnarbeiter zur Aufgabe macht, soll mit Entlassung bestraft werden, und nicht nur bei dem Eintritt, sondern jede Unterbrechung seiner Bestrebungen. Wo bleibt da die Koalitionsfreiheit? Die Leute müssen sich doch zusammenschließen, um ihre Lage verbessern zu können. Die höheren Staatsbeamten wehren sich doch auch dagegen, als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Ich erinnere nur an die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhause über die Maßregelung der kanalarbeiter. Die Landräthe können im Bund der Landräthe Stellung nehmen gegen Maßnahmen der Regierung. Was ihnen Recht ist, sollte den unteren Beamten billig sein. Die preussische Eisenbahnverwaltung legt schon seit Jahrzehnten Bestrebungen an den Tag, die sächsischen Eisenbahnen in ihre Gewalt zu bringen. Zu diesem Zweck ist ihr jedes Mittel recht. Das Reichseisenbahnamt sollte hier vermittelnd eingreifen. — Zu einer Verbesserung der Löhne kann man sich nicht entschließen. Man sollte dies aber thun im Interesse des ganzen Verkehrs. Das Reichseisenbahnamt sollte doch endlich auf diesem Gebiete die verlangte Verbesserung eintreten lassen. (Beif. Bravo! b. d. Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Schulz erklärt, daß eine feste Abnahme der Unfälle festgefunden habe.

Sächsischer Gesandter Graf von Hohenkhal: Im Interesse der Disziplin hat die Verwaltung es für angebracht gehalten, den Agitationen Einhalt zu thun. Da die Arbeiter sich den Dienst suchen können, wo sie die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen finden, muß es auch dem Arbeitgeber gestattet sein, von seinem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen. — Die Klagen des Herrn Stolle über den preussischen arbeiter Wettbewerb sind unzutreffend. Der Wettbewerb ist für Sachen in Folge seiner geographischen Lage etwas unabweisbar, wird aber loyal geführt und kommt schließlich doch nur dem Publikum zu gute. Die Lohnverhältnisse in Leipzig sind nicht sehr befriedigend, aber in absehbarer Zeit wird auch hier eine Veränderung eintreten. (Beifall rechts.)

Präsident (Fp): Die sächsische Eisenbahnverwaltung beschäftigt mehr Arbeiter als alle übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen und entlohnt sie auch besser. Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenkhal: Wie jeder Arbeitgeber so auch der Staat das Recht haben, Arbeiter, die durch ihr Verhalten beweisen, daß sie nicht mit Liebe in ihrem Beruf thätig sind, zu entlassen. Hoch (SD): Im Jahre 1898 sind ca. 3000 Leute im Eisenbahnbetriebe zu Schaden gekommen. Nach Art. 43 der Verfassung hat die Eisenbahnverwaltung zwar verpflichtet, die Bahnen jederzeit in einem die Sicherheit gewährenden baulichen Zustande zu halten, sie können dieser Verpflichtung aber nicht genügend nachkommen. Ich will nur auf die Zustände im Bezirk der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. hinweisen. Dort werden die Streckenarbeiter, die für die bauliche Sicherheit der Bahn sehr wichtig sind, sehr schlecht entlohnt. Sie bekommen pro Tag 2,20-3 Mk. und haben im ganzen Jahre höchstens 12 freie Sonntage. (Hört! Hört! b. d. Sozialdemokraten.) Am 25. November erhielt die Betriebsinspektion II ein kammerrathliche Bahnenverwaltung ein Schreiben, nachdem jeder Bahnarbeiter ohne Rücksicht auf die vorhandene Arbeit bis zum 25. März 1900 nur eine gewisse Zahl von Arbeitstagen einzuhalten habe. Infolge dessen mußten viele Arbeiter entlassen werden. Bei ihrem Eintritt werden die Arbeiter gefragt, ob sie Sozialdemokraten sind. Sie müssen ein Zeugnis darüber vorlegen. Dadurch werden die Leute auf recht Sozialdemokraten. Dieses Verhalten gegenüber ist eine Organisation der Arbeiter durchaus notwendig. Als wir in unserer Presse den erwähnten Verlaß veröffentlichten, wurden die Bahnen sofort telegraphisch angewiesen, die Streckenarbeiter zu beschäftigen. Die Verwaltung schämt sich also vor der Öffentlichkeit ihrer Maßnahmen. Der Regierungsbuchhalter meint, jeder Arbeitgeber könne entlassen, was er wolle, also auch der Staat. Der Staat arbeitet aber mit den Mitteln der Ge-

samtheit und hat also auch die Interessen der Gesamtheit wahrzunehmen. Darum können wir auch ein größeres Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber verlangen. (Bravo! bei den Soz.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenkhal giebt zu, daß der Staat besondere Pflichten hat, meint aber, diese Pflicht habe beim Punkt Disziplin und Betriebsicherheit auf.

Stolle (SD) betont noch einmal, daß die Eisenbahner nur bessere Lohnbedingungen erreichen wollen.

Hoch (SD) bemerkt, die Koalitionsfreiheit stehe der Aufrechterhaltung der Disziplin nicht entgegen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Etat des Reichseisenbahnamtes wird bewilligt; desgleichen der Etat des allgemeinen Pensionsfonds.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Etat für die Einführung des Schachverkehrs, Etat des Invalidenfonds, des Reichsschatz-

amtes etc.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der „dicke“ Oertel von der agrarischen „Deutschen Tagesztg.“, der nicht allein für Prügelstrafe schwärmt, sondern auch zu den eifrigsten Parteimännern gehört, ist über den Sieg der Obstruktionsparteien furchtbar entriistet. Er poltert deshalb über das „Possenspiel“, das im Reichstage nach seiner Ansicht getrieben ist und faßelt davon, daß durch die Obstruktion das Ansehen des Reichstages „herabgemüddigt“ ist. — Der ahaungelohe Engel! Nicht durch die Obstruktion hat das Ansehen des deutschen Reichstages gelitten — darüber sind alle redlich denkenden Leute einig — sondern dadurch, daß sich für ein derartig reaktionäres Gesetz eine so große Mehrheit gefunden hat. Die kleine, mutige Obstruktionspartei hat Deutschland wenigstens vor der ungeheuren Blamage bewahrt, die deutsche Kunst und Literatur den Gensdarmen ausgeliefert, sie unter Polizeiaufsicht gestellt zu haben. Das wird ihr, der Obstruktionspartei, von allen Freunden des Lichts hoch angerechnet werden.

Wird Prinz Hohenzollern-Schillingenfürst nun von seinem Herrn Vater, dem Reichkanzler, zur Disposition gestellt werden, nachdem er, obwohl Regierungspräsident zu Kolmar, bei einem hochpolitischen Gesetz gegen die Regierung nicht nur gestimmt, sondern auch sogar gesprochen hat? fragt die „Freis. Z.“ und fährt fort: „Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Die Regierungspräsidenten und Landräthe, welche gegen die Kanalvorlage stimmten und dann zur Disposition gestellt wurden, hatten sich nur auf ihre Abstammung beschränkt.“ — Knuten-Oertel liest bereits in seiner Zeitung dem „rothen Prinzen“ die Leviten. Er schreibt in der „Deutschn. Tagesztg.“:

Es steht wohl außer allem Zweifel, daß nach den Vorgängen bei der Kanalvorlage der Herr Bezirkspräsident zur Disposition gestellt werden muß, vorausgesetzt, daß dies nicht schon geschieht wegen gewisser genügend erklärter Vorgänge bei seiner Wahl. Ob Prinz Hohenzollern auch von der Hofliste werde gestrichen werden, muß abgewartet werden. Wenn der Abgeordnete Richter in seiner Erwiderung auf die Rede des Prinzen Hohenzollern der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Prinz mit seinen Ansichten auf die Rechte des Hauses, die ihm nahe liegt, Einfluß haben werde, so täuscht er sich gründlich. Prinz Hohenzollern steht der Rechte des Hauses durchaus fern. Zum lebhaftesten Bedauern der Rechte ist er ihr nur nahe und hat diesen Sitz trotz wiederholter öffentlicher Aufforderung nicht aufgegeben. Es wird nachgerade notwendig werden, daß man das Verlangen an den Prinzen, sich auf der Liste seinen Sitz zu geben, etwas deutlicher ausspricht. Uebrigens war die ganze Episode Hohenzollern ein des gesammten Possenspiels durchaus würdiger Akt.

Es wäre ein Hauptgandium, wenn die in Deutschland allmächtigen Agrarier und mit ihnen verbündeten Finsterlinge des Zentrums die Stellung des Reichskanzlers Johannes durchsetzen; aber dazu reicht wohl ihre Macht doch nicht aus.

Entweder — oder! droht die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe. Entweder die Regierung fügt sich in der Fleischschaufrage den Agrariern, oder diese bringen das Gesetz zum Fall; das bündlerische Organ schreibt:

Wenn die Reichsregierung auf ihrem Vorhaben, die Rolle der anglikanischen Rücksichtnahme allein auf die Interessen des internationalen Großhandels zu spielen, weiter verharrt, so werden diejenigen Abgeordneten, die im Interesse der Gesundheit des deutschen Volkes in der zweiten Lesung den Beschlüssen der Fleischschaukommission zugestimmt haben, die Worte des Grafen Posadowsky vom Fabius cunctator beherzigen müssen, indem sie gegen das ganze Gesetz stimmen und abwarten, bis ein Kanzler an der Spitze der Geschäftsführung des deutschen Reiches steht, der es mit jenem Gewissen vereinbaren kann, seinen Namen unter ein derartig nationalwirtschaftliches Gesetz zu setzen. Entweder gleiche Kontrollmaßregeln für das Ausland, wie für das Inland, oder lieber Fortdauer des bisherigen status quo. Jede Abmilderung der jetzt vom Reichstag gefassten Beschlüsse würde eine nur noch schwerere Schädigung der inländischen Fleischproduzenten gegenüber dem Anlande bedeuten, die sie sich unter keinen Umständen gefallen lassen dürfen.

Wenn es also nach dem Bunde geht, dann fällt das Fleischschaugesetz wie der Kanal. Besonders wüthend ist die Korrespondenz auf den Reichskanzler, dem vorgeworfen wird, er habe nicht die Absicht, ein gegebenes Versprechen einzulösen, er weigere sich, einem im Interesse der Gesundheit des deutschen Volkes gemachten Besche zuzustimmen, weil ein Duzend Importeure eines auswärtigen Staates, animirt leider von unserer deutschen Großhandelspresse, durch die Regierungsvertreter ihres Landes, auf die sie offenbar einen „unwiderstehlichen“ Einfluß ausüben, erklären lassen, daß die im betr. Gesetze enthaltenen Bestimmungen für sie, will heißen für ihren Selbstzweck, inopportun, also unannehmbar seien. Wie man sieht, ist diese Verheerung ebenso patriotisch, wie national. Man kann eben an den Agrariern etwas erleben, sobald ihr Geldbeutel in Frage kommt!

Protokollversammlung gegen das Fleischschaugesetz. Sonntag Mittag hat in den Börsensälen in Berlin eine von den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft ein-

berufene Versammlung von Vertretern des Handels und der Industrie einer großen Anzahl deutscher Städte stattgefunden, um Stellung zu nehmen gegenüber den Beschlüssen des Reichstags zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau. Vertreten waren über 40 Handelskammern Deutschlands, 85 derselbe haben schriftlich ihre Zustimmung zu der zu fassenden Resolution erklärt. Die Versammlung hat nach einer Referate des Kommerzienraths Hedemann-Berlin nach längerer Debatte einstimmig eine Protestresolution angenommen.

Militärboykott. In Schönebeck an der Elbe richtete in der Stadtverordnetenversammlung ein Stadtverordneter an den Magistrat die Frage, ob es ihm bekannt sei, daß der Kommandeur des 4. Armee Korps den Soldaten verboten habe, die Stadtpark Restauration zu betreten, daß infolge dieser die Symphoniekonzerte, welche von der Kapelle des 66. Infanterie-Regiments seit Jahren in jedem Winter im Saale des Schönebecker Stadtparks veranstaltet werden nicht mehr stattfinden konnten, und daß aus diesen Grunde bereits eine Störung in dem diesjährigen Konzertzyklus eingetreten sei? Der Magistratsdirigent bejahte die an ihn gerichtete Frage und stellte den Sachverhalt wie folgt dar: Durch den Adjutanten eines der Magdeburger Regimenter sei an ihn die Anfrage gerichtet worden, ob im Stadtpark sozialdemokratische Versammlungen abgehalten würden. Er habe die Angelegenheit sachgemäß dem Polizeikommissar übergeben und dieser habe berichtet, daß im Saale des Stadtparks sowohl die Versammlungen der sozialdemokratischen Partei, wie diejenigen der reichsirenen (!) Parteien abgehalten würden, da der Saal des Stadtparks der größte in der Stadt sei. Diesen Bericht habe er der betreffenden Militärbehörde eingeschickt. Darauf sei das Verbot seitens des Korpskommandeurs ergangen und (er angewiesen worden, jeden Soldaten zur Anzeige zu bringen, der den Stadtpark betreten würde. Die Möglichkeit, daß die Militärkapelle weiter im Stadtpark konzertire, sei damit abgeschnitten. Der hierauf durch den Fragesteller eingeworfene Antrag, die städtischen Behörden möchten bei dem Kommando des 4. Armee Korps um Rücknahme des Verbotes vorfällige werden, wurde abgelehnt. Ganz mit Recht. Die Zivilverwaltung hat keine Veranlassung, das Militär zu „bitten“. Viel vernünftiger wäre es, diese vielleicht gut patriotischen Herren zögen die Konsequenzen aus dem Militärboykott und sorgten dafür, daß dem Militarismus im Allgemeinen der Brodloib etwas höher gehängt wird.

Aus dem „Musterlande.“ In den Zeitläuften der lex Heinze hat sich die hadische Regierung daran gemacht, Erhebungen darüber anzustellen, ob nicht für gewisse Landestheile ein Bedürfnis nach einer Verchristlichung vorliege, wonach der Wirtschaftsbetrieb vor Schluß des vormittägigen Hauptgottesdienstes unterjagt werden solle. Wie offiziös mitgetheilt wird, haben diese Erhebungen denn auch glücklich ergeben, daß die bestehenden Strafbestimmungen sich nicht als ausreichend erweisen. Und nun wird „demächst“ eine Verordnung ergehen, nach der „durch ortspolizeilich vor schrift der Wirtschaftsbetrieb vor dem Schluß des vormittägigen Hauptgottesdienstes unterjagt werden kann.“ Den Muckern lacht das Herz im Leibe.

Kleine politische Nachrichten. Die Reichstags- Erziehung in Aachen für den verstorbenen Dr. Kruse (M.) wird in dem Amtsblatt der Regierung zu Aachen auf den 26. April festgesetzt. Die Nationalliberalen wollen den jenseitigen Dr. Semler-Hamburg aufstellen. — Man würde erkannt sein, schreibt die „Frankf. Btg.“, wenn man erführe, auf wie verhältnismäßig seltenen Gelegenheiten der Verkehr des Trägers der Krone mit manchem leitenden Minister beschränkt. — Eine geheime Sitzung des Reichstages hat schon einmal, wie die „Post“ bemerkt, allerdings vor 29 Jahren stattgefunden. Es war im Jahre 1871 bei Beratung der Vorlage wegen Uebertragung des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund auf das gesammte Reich. daß bei einem (von widernatürlicher Unzucht handelnden) Paragraphen der Ausübung der Öffentlichkeit für erforderlich gehalten wurde. — In einer am Sonntag von der freisinnigen Volkspartei in Berlin abgehaltenen Protestversammlung gegen die Kommissionen Beschlüsse zum Fleischschaugesetz stellte der Abg. Fermann in Aussicht, daß auch bei der dritten Lesung dieser Vorlage möglicher Weise von dem Mittel der Obstruktion Gebrauch gemacht wird. — Eine Petition aus allen Schichten der Bevölkerung gegen das Einfuhrverbot fremder Fleischwaren ist aus Berlin mit zahlreichen Unterschriften an den Bundesrath abgehandelt worden. — Die sächsische Regierung lehnte Montag im Landtag ab, für die Fleischschauvorlage nach Fassung der zweiten Lesung im Bundesrath einzutreten. — Die „Kreuzzeitung“ mahnt die Würde des Deutschen Reichstages; sie klagt über die Freizügigkeit: „Es fehlen Ausdrücke, wie sie glücklicherweise im Deutschen Reichstag selten zu hören sind.“ — Zu dem „Ausdrücken“ gehörte auch der Zwischenruf „Auffhalten!“ Ein Urheber aber ist, nach dem „Borw.“, Herr — Dr. Kropatschel, Chefredakteur der „Kreuzzeitung“. Spotten ihrer selbst, und wissen nicht viel! — Die Märznummer der anarchischen Zeitschrift „Neues Leben“ wurde auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches konfiszirt. — Kriminalbeamte hielten beim Gutmacher Genossen Geppner in Breslau, dem Vorsitzenden des Landtagswahlbüreaus, Hausdurchsuchung. Es wurde nach einer Abrechnung über Gelder geforscht, die anlässlich der bekanntlich jüngst von der Wahlprüfungscommission kassirten Breslauer Landtagswahl von sozialdemokratischer Seite für Wahlzwecke veranlagt worden waren. Die Beamten haben natürlich nichts gefunden. Nach dem Wolffschen Bureau soll gegen unsere Parteigenossen in Breslau ein gerichtliches Verfahren wegen Kaufs und Verkaufs von Wahlstimmen schweben. Nun, unsere Genossen können den Prozeß mit ruhigem Gewissen erwarten. — Das österreichische Abgeordnetenhause nahm am Sonntag des Reichstagesbeschlusses an. Nach Beantwortung einer Reihe von Interpellationen durch die Minister schloß der Präsident mit dem Wunsch auf frohliche Ökern die Sitzung. — Der oberste Kriegsrath in Frankreich hielt am Montag Vormittag unter dem Vorsitz Douber's im Elysee eine Sitzung ab. Auch Gallifet, Lanessan, Waldeck-Rousseau waren anwesend. — Das Pariser „Memorial diplomatique“ schreibt: Eine große Gefährdung droht England in Aegypten. Der Führer der

Senussi-Sette, die 9 Millionen bewaffneter Anhänger zählt, und nicht allein Vertreter in Kairo, sondern auch in Alexandrien und Konstantinopel zählt, steht im Begriff, den Engländern im Mittelmeer den „heiligen Krieg“ zu erklären. Sidi Mohamed, der Führer der Sette, hat nichts mit dem getödteten Kholifen im Sudan gemein und stand sogar immer in nichtfreundschafflichen Beziehungen mit dem Mahdi von Khartum. Sidi Mohamed kann, wenn er will, eine mit den besten Waffen ausgerüstete Armee von 500 000 Mann (??) auf Wgypten und den Sudan werfen. Die Senussi-Sette erklärte den türkischen Sultan als ihren Khalifen. — Das englische Oberhaus nahm die Kriegsanleihe bill in allen Lesungen an. — Der Oberbefehlshaber der englischen Truppen in Indien, General Lockhart, ist am Sonntag gestorben. Gerade in der gegenwärtigen Situation bedeutet der Tod Lockharts für England einen ganz besonders schweren Verlust. — Anti-englische Demonstrationen haben am Sonntag in Dublin (Irland) stattgefunden bei Gelegenheit des bei Einführung des Lordmajors üblichen Umzuges durch die Straßen der Stadt. Ein Antrag des Lordmajors, der Königin bei ihrem demnächstigen Besuche in Dublin eine Adresse zu überreichen, gab den Anlaß zu den feindlichen Kundgebungen seitens der Nationalisten und Intransigenten. Dieselben warfen Steine gegen den Wagen des Lordmajors und zertrümmerten die Wagenfenster. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. — Der Erfolg einer Protestwahl ist die am Mittwoch erfolgte Begnadigung des alten Internationalisten Cesare Batachi. Am Donnerstag verließ Batachi den Kerker, in welchem er seit 1878 gefangen war. Unseren Lesern ist seine Lebensgeschichte bekannt. — Eine Probe-Mobilmachung der gesamten russischen Schwarzen Meer-Flotte ist am 2. März angeordnet worden. Am 12. war dieselbe, nach der „Zeff. Zig.“ durchgeführt. Die Annahme, daß außer einem wirklichen Manöver mit der Mobilisation der Flotte ein deutliches Moment gegeben werde, liegt sehr nahe. Vielleicht liegt hierin der Grund der Beschleunigung der russischen Eisenbahn-Forderungen. — Die „Zeff. Zig.“ meldet noch aus Petersburg: In Finland sind in der letzten Zeit zahlreiche Flugblätter verbreitet worden, welche das Volk gegen den Baren und Rußland aufreizen sollen. Zweifellos handelt es sich um das Werk russischer Spione.

China.

Englands Kriegskosten. Gleich Rußland scheint nun auch Frankreich sich anzuschicken, die Gunst der Stunde zu nützen und sich, während Englands Aufmerksamkeit und Macht durch den Krieg in Südafrika gefesselt ist, neue Stellungen in Asien zu sichern, aus denen England es nach Beendigung des Burenkrieges nicht so leicht wieder verdrängen könnte. Es liegt eine Hongkonger „Times“-Meldung vom 16. März vor, wonach die Presse in Tongking nachdrücklich die Annexion von Kwantung und Yunnan durch Frankreich verlangt und der Hoffnung Ausdruck giebt, daß die Konferenz des französischen Gesandten in Peking, Pichon, mit den Konsularbeamten in dem Grenzgebiet ein Anzeichen für eine vorwärts strebende Politik sei. Die Besetzung Kwantungs durch die Franzosen würde sehr empfindlich auf die Stellung der Engländer in Hongkong drücken und die ganze Südküste unter französischen Einfluß bringen. Das wäre ein schlimmer Zuwachs zu den politischen Kriegskosten, die England aus seinem gewaltthätigen Vorgehen gegen die Burenstaaten erwachsen und die jetzt schon weit bedeutender sind als die in Pfund und Schilling ausgedrückten Kriegskosten.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz liegen Nachrichten von neuen Operationen nicht vor. Masering ist noch immer nicht entsetzt, es handelt sich nur um eine Kaffernpost, und Cronje ist noch nicht auf dem Wege nach St. Helena. Nach dem Reuterschen Bureau ist die Ueberführung der gefangenen Truppen Cronje's bisher unterblieben, weil 70 Mann erkrankt sind. Unter den gefangenen Mannschaften sind viele Fälle von Infektionskrankheiten vorgekommen. Andererseits wird berichtet, daß die Transvaalmannschaften nach St. Helena gebracht werden, die Freistaatstruppen vorläufig in Simonstown bleiben sollen. Unter den gefangenen Transvaalmannschaften einerseits und den Freistaatmannschaften andererseits herrscht so heftige Zwietracht, daß besondere Vorkehrungen zur Verhütung von Unruhen getroffen werden mußten. Reuters Bureau meldet ferner: Oberst Peakmann, der mit den britischen Truppen von Kimberley eine Recognoscierung machte, stieß nahe Fourteenoebreams auf 500 Buren mit 2 Geschützen. Die Buren wurden angeblich überrascht. Sie erwiderten das englische Feuer mit Gemoel- und mit Geschüßener. Peakmann kehrte zurück, (1) nachdem der Zweck, die Erkundigung, erreicht war. Der englische Verlust soll 2 Verwundete betragen.

In Kimberley liegen nach Mittheilung der kanadischen Expedition vom Nothen Kreuz vom Montag noch etwa 1000 Mann krank oder verwundet darnieder. Die Gesamtzahl der in den verschiedenen Hospitälern Südafrikas in Pflege befindlichen verwundeten und kranken englischen Soldaten aller Grade betrage 17 000.

Die Krankheiten von Menschen und Pferden im britischen Lager nehmen nach Privatnachrichten bedeutend zu. Ebenso mehren sich die Schwierigkeiten der Verpflegung.

Der Krieg im Oranjerestaat scheint, so erfährt die „Zeff. Zig.“ aus London, thatsächlich beendet zu sein. Vor dem Politz-Bureau in Blumfontein, schreibt der Berichtsteller des „Daily Mail“, stehen die Buren in langen Reihen und liefern die Waffen ab; 500 sind bereits abgefertigt. Im ganzen Lande wurden heute (16. März) 2500 Gewehre niedergelegt. Jeder, der die Waffen niederlegt, schwört und unterzeichnet folgenden Eid: Ich schwöre, während des gegenwärtigen Krieges gegen die britische Regierung keine Waffen zu tragen und keinem Mitgliede der republikanischen Streitkräfte Unterstützung zu leisten oder Auskunft über die britischen Streitkräfte zu geben. Ich schwöre ferner, bis zum Ende des Krieges ruhig auf meinem Heimstuhle zu bleiben. Ich erkläre an, falls ich irgendwie diesen Eid breche, dem kriegsmäßigen Stroh zu verfallen.

In Londoner militärischen Kreisen erwartet man, daß Roberts nach einer Ruhezperre eintreten lassen wird, die notwendig wird, um bedeutende Vorräthe an Proviant und Kriegsmaterial in Blumfontein für einen weiteren Vormarsch anzusammeln. Auch die Erneuerung eines großen Theils der Artillerie- und Kavallerieperde sei nunmehr gänzlich notwendig, während die Infanterie, wie die „Times“ nicht ohne Tadel für die Biesenarten hervorheben, dringend neuer Schuhe bedarf.

Der Gesamtverlust der Buren bis zum Entzug von Kimberley und Ladysmith hat einer „Reuter“-Meldung aus Pretoria zufolge nach den Angaben des Chefs des Anstalts-Dienstes der Buren 4351 Mann betragen: 677 sind gefallen, 2129 verwundet. In Folge von Unfällen wurden ferner 24 getödtet und 171 verwundet. 99 starben an Krankheiten, 1261 Kraute wurden geistig oder betäubt sich noch in Behandlung. Die englischen Verluste betragen rund 15 000 an Todten und Verwundeten und 9000 an Kranken, worin allein an 5000 völlig dienstuntaugliche nach Ladysmith eingeschifft sind, also Summa 24 000.

Einen Barentreff nach Deutsch-Südwestafrika kündigt Reuters Bureau an: Aus Dorkly-West ist in Kapstadt folgendes Telegramm eingetroffen: Nach einer aus guter Quelle stammenden Meldung haben die Transvaal-Beamten Laungs und Bryburg geräumt; die Aufständischen sind aber nicht gewillt, nach Transvaal zu gehen und bereiten einen Treff nach Damaraland vor; der Sohn Witboois trifft Vorbereitungen, um einem solchen Treff Widerstand zu leisten. — Einem Treff der Buren auf deutsches Gebiet stehen durch die weite Entfernung und die völlig unwegsame wüste Gegend die größten Schwierigkeiten entgegen. Woher mag auch die gute Quelle in Dorkly-West erfahren haben, daß Witboois Sohn gegen einen Treff der Buren Vorkehrungen trifft?

Die Antwort Rußlands auf Krügers Interventionsgesuch ist nach einer Petersburger Mittheilung des Berliner „Vokal-Anzeiger“ ziemlich rückständig gegen England, aber auch sehr ernst gehalten. Die Note sei im Einverständnis mit Deutschland und Frankreich niedergeschrieben.

Drei Hochrufe auf die Buren sollten nach der „Times“ die Matrosen des deutschen Panzerkreuzers „Deutschland“ im Hafen von Portsmouth ausgedraht haben. Die deutsche Botschaft in London hat darauf der „Times“ eine Verichtigung zugesandt, wonach sich der Vorfall wie folgt abspielte: Die deutschen Matrosen wurden bei ihrer Abfahrt in guter Kameradschaft von einer Reihe englischer Seeleute begleitet, die lustige Hochrufe ausbrachten, als ihre deutschen Kameraden sich einschiffen. Als Antwort auf diesen herzlichsten Abschied brachten die deutschen Matrosen ihr Dankeschreiben aus.

Über und Nachbargebiete.

Dienstag, den 20. März.

Arbeitsruhe am 1. Mai bejähren weiter die Metallarbeiter. Das Personal des Eisenwerks von Carl Thiel u. Söhne hat bereits vor einiger Zeit auf Aufforderung der Geschäftsleitung eine geheime Abstimmung vorgenommen, deren Ergebnis gleichfalls Arbeitsruhe war.

Zum Tagezeiterstreik. Dreizehn Innungsmitglieder und Möbeldändler geben öffentlich bekannt, daß sie die Lohnforderungen der Gehülfen für berechtigt halten und daß nach ihrer Ansicht der Streik bei etwas mehr gutem Willen und Entgegenkommen von Seiten der maßgebenden Innungsmeister hätte vermieden werden können. Gewisse bürgerliche Blätter, welche mit Vorliebe jeden Streit als revolutionär bezeichnen, könnten hier ihre Weisheit leuchten lassen. — Zum Malerstreik ist zu berichten, daß wesentliche Veränderungen nicht eingetreten sind, da die Innung es bisher nicht für nötig befand, den Gehülfen entgegen zu kommen. Gestern sind 20 Gehülfen abgereist, denen heute eine weitere Anzahl folgen wird. Arbeitswillige fanden sich nicht.

Eine Protestversammlung gegen die Fittensvorlage, die in Dortmund stattfand, war von nur 120 Personen besucht. So meldet gewissenhaft das Amtsblatt, das eben so ehrlich über die stark besuchte Lübeck-er Protestversammlung sich ausschwieg.

Die Bauarbeiterkonferenz, über welche wir bereits kurz berichteten, hat am Sonntag unter reger Theilnahme stattgefunden. Die gefassten Beschlüsse werden wir noch mittheilen. Diese Konferenz sollte bekanntlich ursprünglich in Gütrow stattfinden. Da dieselbe ohne Zweifel auch die Frage in den Rahmen ihrer Erörterungen ziehen würde, wie am erfolgreichsten ein Eingreifen der Gesetzgebung zu wirksamem Schutze von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter zu erreichen sein würde, und da ferner die Verhandlungen der Konferenz öffentliche sein sollten, so stellte sich diese Konferenz dar als eine öffentliche Versammlung zu politischen Zwecken und bedurfte demzufolge nach dem mecklenburgischen Vereins- und Versammlungsgesetz vom 27. Januar 1851 der vorherigen Genehmigung des großherzoglichen Ministeriums. Der mit den vorbereitenden Arbeiten zu der Konferenz betraute Töpfer Bauer in Gütrow sandte demgemäß folgendes Schreiben ab:

An ein hohes großherzogliches Ministerium des Innern zu Schwerin. Unterzeichneter bittet ein hohes großherzogliches Ministerium um die Erlaubnis zu einer am 4. März 1900 in Gütrow geplanten Bauarbeiter-Schutz-Konferenz mit der Tagesordnung: 1) der baugewerbliche Arbeiterschutz in Mecklenburg und in den übrigen Bundesstaaten Deutschlands; Referent: G. Heinke-Hamburg. 2) Wahl einer Landeskommission für Bauarbeiter-Schutz in Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz. 3) Anträge.

Man sollte meinen, es sei einfach undenkbar, daß eine Regierung einer Konferenz etwas in den Weg legen könnte, welche Gegenstände erörtern will, wie sie in dieser Tagesordnung angegeben sind. Das Baugewerbe in Mecklenburg umfaßt viele Tausende von Arbeitern; ein erhöhter Schutz dieser Arbeiter gegen Unfälle kann daher, so sollte man meinen, nur eine Sache sein, der jedermann nach Möglichkeit müßte Förderung angedeihen lassen. Aber weit gefehlt. So denkt ein mecklenburgisches Ministerium nicht. Es erteilte nämlich folgenden abschlägigen Bescheid:

Ministerium des Innern. G. Nr. 3225. Schwerin i. M., den 24. Februar 1900. Auf das am 14. d. Mts. eingegangene Gesuch ohne Tagesangabe um Genehmigung einer am 4. März dort abzuhaltenden Bauarbeiter-Schutz-Konferenz wird Ihnen erwidert, daß die erbetene Erlaubnis nicht zu erteilen ist. Großherzoglich Mecklenburgisches Ministerium des Innern. gez. A. v. Bälou.

Während sich das großherzoglich Mecklenburgische Ministerium sehr wohl in der Lage sieht, dem Hund der Landwirthe Versammlungen und Konferenzen zu gestatten, in denen die reichen Gutbesitzer und Pächter des Landes darüber berathen, wie sie sich durch Erhöhung der Getreidezölle, durch Verbot der Fleischeinfuhr und andere dergleichen Dinge höhere Einnahmen auf Kosten aller derjenigen Volksgenossen verschaffen möchten, welche nicht als Gutbesitzer auf die Welt gekommen sind, erachtet dasselbe Ministerium es für seine Pflicht, den Bauarbeitern die Berathung von Unfallverhütungs-Maßregeln zu verschränken, soweit dies in der Macht des Ministeriums steht. Glücklicher Weise reicht die Macht des mecklenburgischen Ministeriums nicht über die blau-gelb-rothen Grenzpfähle hinaus. Trotz der vorerwähnten mini-

sterialen Genehmigung hat die Konferenz nun doch stattgefunden.

Vermißt. Auf Wunsch der Angehörigen fordern wir noch mal alle diejenigen, welche über den Verbleib des Tischlergesellen Christian Hüsmert Auskunft geben können, auf, ihre Adresse an Herrn Hüsmert, Fischergrube 84, zu richten. Der Vermißte ist zuletzt auf dem Heimwege von der Nichtfeier des Vereinshauses in der Gegend des Marktes am 13. d. Mts., Abends gegen 11 1/2 Uhr, gesehen worden.

Ueberfahren wurde heute Vormittag auf dem langen Lohberg das sechsjährige Mädchen des Arbeiters Jenkel. Das Kind erlitt erhebliche Verletzungen an Kopf und Schenkel.

Der staatlich subventionierte „Verein der Musikfreunde“ leidet seine Freunde aus dem Fürstenthum Lübeck durch Inerat im „Anz. f. d. F. L.“ zum Besuche des am Mittwoch im „Colosseum“ stattfindenden „volkstümlichen“ Concert ein.

Die Bürgerchaft hielt gestern eine mehrstündige Sitzung ab.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Mittwoch wird noch einmal das Dreier'sche Schauspiel „Der Probekandidat“ aufgeführt. Die Vorstellung findet „zu kleinen Preisen“ statt. Da der bis zum Schluß der Saison noch zu gebenden Stücke wegen die Zeit drängt, so kann eine weitere Wiederholung des Schauspiels leider nicht mehr stattfinden.

k. Volkunterhaltungsabend. Zu dem Sonntag Abend im Concordia-Garten abgehaltenen Volkunterhaltungsabend der hiesigen Friedensfreunde hatten sich fast tausend Gäste eingefunden, so daß der geräumige Saal sich fast als zu klein erwies. Den Mittelpunkt des Abends umfasste, dem Zweck der Friedensgesellschaft gemäß, der Vortrag des Herrn Martin Raad „Neues vom Kriegsschauplatz in Süd-Afrika“, zu welchem 46 Lichtbilder gezeigt wurden. Im Anschluß daran trugen Herr Lehrer Feld und Frau. Wilhelmine Drees Friedens-Gedichte von Solger, Drachmann, Gutzut, Schmidt-Cabanis und Raad vor. Neben Violin-Solis und Klavier-vorträgen spielte Herr Giehl auf dem Violoncello. Der Abend schloß mit einer humoristischen Deklamation von Fel. Drees und den förmlichen Vorträgen der Herren Giehl und Kleve. Die wohlgeleitete Aufführung des Adreischen Schauspiels „Der Nachtwächter“, welche diesem vorausging, fand ungetheilten Beifall. Zum Schluß gab der Vorsitzende noch bekannt, daß der nächste Volkunterhaltungsabend der Friedensgesellschaft am 1. April im „Concordia-Garten“ stattfinden wird.

pb. In Haft gerietten vier Bettler.

Stockelsdorf. Märzfeier. Am Sonntag Abend hielt im Lokale des Herrn Postau-Pfadenburg Reichstags-Abgeordneter Genosse Rosenow einen 1 1/2 stündigen Vortrag über „Die Bedeutung des 18. März“, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde. Anwesend waren 180 Personen, darunter etwa 30 Frauen. Nach Schluß der vorzüglich verlaufenen Versammlung trugen noch einige Sänger angemessene Lieder vor.

Schwartau-Mensfeld. Märzfeier. Im Sternberg'schen Saale in Mensfeld fand am Sonntag Nachmittag eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Stolten aus Hamburg über die Bedeutung des 18. März sprach. Seine 1 1/2 stündigen, die geschichtlichen Ereignisse von 1848 und 1871 in mannigfaltige Beziehungen zur Gegenwart stellenden Ausführungen fanden den lebhaften Beifall der Versammelten.

* Gatin. An ansteckenden Krankheiten wurden im Januar im Fürstenthum gemeldet: Scharlach 14, Masern 1, Genickstarre 1, Diphtherie 4 Fälle.

Gatin. Polkauctionen finden statt bei Knoop in Dnisdorf am Mittwoch, den 21. März, Nachm. 3 Uhr, bei Steffen in Lienzfeld am Freitag, den 23. März, Nachm. 2 Uhr, bei Geers in Schwartau am Freitag, den 23. März, Nachm. 1 Uhr, im „Hotel Stadt Hamburg“ in Ahrensboed am Sonnabend, den 24. März, Nachm. 2 Uhr.

Hamburg. Darf man einen Rüpel „Rüpel“ nennen? In dem Prozeß gegen Genossen Dittmann-Bremerhaben, welcher geglaubt hatte, Marine- maaten, die sich gegen anständige Frauen überaus fleghaft betragen hatten, beim rechten Namen nennen zu dürfen, war bekanntlich vor dem Schöffengericht Freisprechung, vor dem Landgericht Bremen Verurteilung erfolgt, ein Faktum, das in ganz Deutschland berechtigtes Aufsehen erregte. Vor dem Hanseatischen Oberlandesgerichte, an das der Verurtheilte appellirte, suchte der Oberstaatsanwalt das seltsame Verdict zu rechtfertigen, das Gericht jedoch verkündete nach kurzer Berathung, daß das Urtheil aufgehoben und an das Landgericht zurückverwiesen sei. Aus den Urtheilsgründen entnehmen wir Folgendes: „Das landgerichtliche Urtheil nehme an, daß die inkriminirte Notiz eine der Wahrheit entsprechende Darstellung des fraglichen Vorfalles sei und daß des Angeklagte auch nicht die Absicht gehabt habe, die Maaten zu beleidigen, daß er aber das Bewußtsein gehabt habe, die Maaten müßten sich durch das Wort „Rüpel“ beleidigt fühlen. Durch diese letztere Annahme werde § 192 des Str.-G.-B. verletzt. Der Standpunkt des Landgerichts widerstrebe dem Rechtsgefühl. Ein Schimpfwort stelle das Wort „Rüpel“, „Dieb“, „Verleumder“ usw. nur dann dar, wenn es als Anrede gebraucht werde. Wer die Thäter einer solchen unanständigen Handlung, wie sie von den Maaten als erwiesen festgestellt sei, mit dem Ausdruck „Rüpel“ belege, brauche weder die Absicht, noch das Bewußtsein der Beleidigung zu haben. Die Absicht schiede das Landgericht selbst aus. Der Angeklagte habe sicherlich auch das Bewußtsein der Beleidigung nicht gehabt. Er habe in seiner Zeitungsnotiz geflissentlich den schärferen Ausdruck „Unholbe“ durch „Rüpel“ ersetzt und durch diesen Ausdruck den Schimpf kennzeichnen wollen, den die Thäter den beiden Frauen angethan hätten. Es sei also weder die Absicht noch das Bewußtsein der Beleidigung hinreichend festgestellt im landgerichtlichen Urtheil, weshalb dieses hätte aufgehoben werden müssen.“ — Eine endgültige Freisprechung kann hiernach nicht wohl ausbleiben.

Geschäfts-Verlegung.

Meinen geehrten Kunden, sowie einem verehrlichen Publikum von Lübeck und Umgegend beehre ich mich die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich meine

Schirm-Fabrik
von der Sandstrasse 5
Huxstrasse 43
nach der Huxstrasse 43

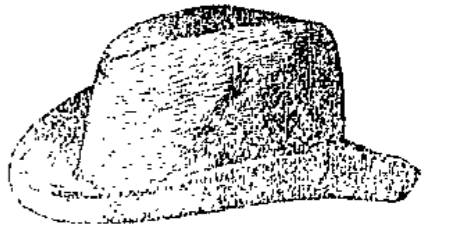
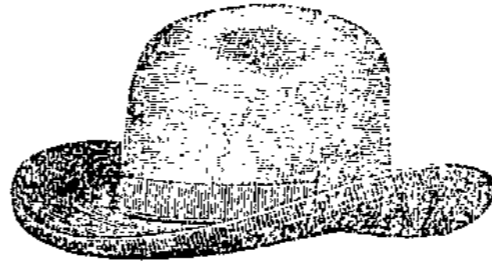


verlegt habe. Bitte, mir auch ferner Ihre Wohlwollen zu erhalten. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, für gute und reelle Waare auch fernerhin Sorge zu tragen. Im Voraus bestens dankend, zeichnet
Hochachtungsvoll ergebenst
H. Stoppelman, Schirmfabrikant,
Huxstrasse 43. (Laden links.)

Geschäfts-Eröffnung.

Einem verehrlichen Publikum von Lübeck und Umgegend beehre ich mich anzudeuten, daß ich am **22. März 1900**

Huxstrasse 43 (Laden rechts) einen **Hut-Bazar**



eröffne. Empfehle stets große Auswahl eleganter Hüte. Neueste Modelle. Jeder Hut nur **3,15 Mk.** Confirmanten-Hüte von 75 Pfg. an. Ich werde für reelle und gute Waare stets Sorge tragen und mich empfehlend, zeichnet

Hochachtungsvoll ergebenst
H. Stoppelman, Hut-Bazar,
Mk. 3,15. Huxstrasse 43. (Laden rechts.)

Ein gutes Logis Fischtr. 27, 1. St.

Logis für einen jungen Mann

Glodengieserstraße 16.

Freundliches Logis Engelswisch 26.

Zu vermieten eine Stube.

Zu erfragen Reiterstraße 19 a, 2. St.

Zum 1. Juli eine Wohnung im Preise bis zu

180 Mk. von ordentl. Leuten mit 2 Kindern ge-

sucht. Off. u. B. K. an die Exp. d. Bl. erbeten.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung

von 3 Zimm. in der Nähe der Schwart. Allee im

Preise von 200-250 Mk. Off. u. D. E. 3 a Exp.

ein Koch- und Soleschneider

anßer dem Hause.

F. J. Schulze.

Lehrling gesucht.

Photograph Heber, Klingewerz 8-9.

Gesucht zuogleich

eine saubere Frau zum Brodanstragen

nach fester Kundschaft

Langer Lohberg 49.

Ein guterhaltener Mantel für Mädchen

von 3-4 Jahren billig zu verkaufen

Subwigstraße 31.

Ein guterh. Kinderh. u. Liegewagen

zu verkaufen

Ablerstraße 13.

Ein Haus an d. Schwart. Allee m. Einfahrt

u. Stallung; ein Haus am Steinrader Weg beim

St. Lorenz-Kirchhof sollen unter günstigen Bed.

verkauft werden

Näheres Ziegelstraße 11

Zu verlauf. 1 Sopha, Bett u. Bettstelle

billig

Regenbogenstraße 24, 1. Stg.

In der Garderobe des Gesangsvereins „Eintracht“

stehen gebüchelt: 2 Damen-Regenschirme.

Abzuholen Reiterstraße 19, 1. Stg.

Gefunden 1 Kinderstiefel in der

Nähe des Schlachthauses.

Abzuholen Reiterstraße 23 a.

Gefunden 1 Damenschirm

am Sonntag Abend.

Menz, Huxstraße 80.

Kartoffelland zu vermieten.

Holdt, Vorwerk b. Lübeck.

Zu Kranz- u. Guirlandenbinderei

empfehlst sich

Gesucht ein tüchtiger Dreher.

Blechballagen- und Maschinenfabrik von
Wilh. Sparkuhl & Co.

Wichtig für Soldaten!

Bei Marschirungen sollte Niemand gestopfte Strümpfe tragen, da die geringste Unebenheit Blasen erzeugt. — Die in meiner

mech. Strumpf-Fabrik

hergestellten Strümpfe sind haltbar und billig.

Für Schweissfüsse empfehle besondere Strümpfe.

In alle Beinlängen werden Füße gestrickt.

Herm. Hornbogen, Fischtr. 27.

Fernsprecher 776.

42 Mengstrasse 42

H. Bartram

Gut bürgerlicher

Mittagstisch

50 Pfg.

Wochenabonnements-
karten (7 Mittag)

nur 3,00 Mk.

H. Bartram

42 Mengstrasse 42

A. L. MOHR'sche neue Margarine

„MOHRA“

ist die einzige Sorte Margarine, welche grösseren Zusatz von Eigelb und Rahm enthält und daher vollständig so wohlschmeckend ist und genau so bräunt und duftet beim Braten, wie feinste Naturbutter. Ein vergleichender Bratversuch mit Konkurrenz-Margarine und mit Butter wird die Vorzüge unserer „MOHRA“ bestätigen.

Beim Einkauf von „MOHRA“ achte man gefl. darauf, dass der Name „MOHRA“ an jedem Kübel sichtbar ist.

Wir empfehlen jedem Parteigenossen die Broschüren:

Der wirthschaftliche Materialismus
Von P. Lafargue. Preis 20 Pfg.

Zur Arbeiterfrage.
Von Ferd. Lassalle. Preis 10 Pfg.

Socialpolitische Vorträge.
Von J. Dietzgen. Preis 15 Pfg.

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Geräucherte

Schweinsköpfe

à Pfd. 40 Pfg.

Adolph Schmidt
Moislinger Allee 6 b.

Jr. Kopf u. Bein
Pfd. 20 Pfg.

Adolph Schmidt
Moislinger Allee 6 b.

Ganz alter holst. Käse Pfd. 15 Pfg.
= = Käse = = 35 =
empfehlst Koop, Glodengieserstraße 31.

Allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich am Mittwoch den 21. d. Mis. meine

Wirtschaft wieder eröffnen werde, mit der Bitte, mir das seit 19 Jahren erwiesene Wohlwollen auch in meinem neuen Hause gütigst zu erhalten.

Hochachtungsvoll
Fritz Hundt, Solstenstr. 37.

Die Bilder

von der photographischen Aufnahme beim Lichtfeste des Saalbauers im Vereinshaus sind fertig gestellt und zum Preise von

2,00 Mk. pro Stück ohne Rahmen
und 4,50 Mk. mit Rahmen

zu beziehen durch die
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**
Rohenniststraße 50.

Möbelfäheru

empfehle ich mein wirklich großes neu completirtes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.

Folkors' Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Überzeugen Sie sich, dass meine

Deutschland-Fahrräder

u. Zubehötheile die besten und dabei die allerbilligsten sind.

Wiederverkäufer gesucht.

Haupt-Katalog gratis & franco.

August Stukenbrok, Einbeck
Erstes u. grösstes Special-Fahrrad-Versand-Haus Deutschlands.

Bettfedern von 30 Pfg. bis Mk. 3.— per Pfd

Guldbannan „ 1,50 Mk. „ 4,50 „ „

Dannen „ 2.— „ 7.— „ „

Spec.: Mandarinenbannan v. Pfd. Mk. 2,80

besonders kühlkräftig.

Bettinletts von den billigsten bis zu den theuersten.

Anfertigung gratis.

Bettzüge, Bettlaken, Bettdecken, Schlafdecken, Steppdecken, Gardinen, Rouleaux u. billigt.

L. Dave, Gr. Burgstraße 32.

Central-Verband der Maurer.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 21. März 1900
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend nothwendig.
Die örtliche Verwaltung.

Louisenlust.
Mittwoch den 21. März:
6. Abonnements-Concert u. Ball.
Eintritt für Herren 50 Pfg., Damen 20 Pfg.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Stadtcapelle. **W. Glee.**

Stadt-Theater.
Mittwoch: Kleine Preise.
Der Probekandidat.

Diejenigen unserer Abonnenten welche am 1. April die Wohnung wechseln, werden höflichst gebeten, untenstehenden **Umzugs-Zettel** auszufüllen und den Anträgern des „Volkboten“ abzugeben.
Hier abschneiden.

Umzugs-Zettel.

Der Unterzeichnete zieht am _____

von: _____ nach: _____

Unterzeichnet: _____

Um die Prostitution.

„Du schüftiger Bittler, weg die blutige Hand!
Was gekostet du die pure? Beiß dich selbst!
Dich klistet heiß, mit ihr zu thun, wofür
Dein Arm sie klopft. —
Berühmtes Kleid bringt kleinen Fehl ans Licht,
Zahar und Pelz birgt Alles. Hüß in Gold die Sünde,
Und harmlos bricht der starke Ewer des Rechts: —
In Lumpen, — des Bygmäen Palm durchbohrt sie.“

(1) Diese wichtige Anklage des armen, wahnsinnigen Klügling Lear kommt in den Sinn, wenn man beobachtet, wie die Gelehrten und die Moralrichter die Frage der Prostitution behandeln.

Die Prostitution ist das abscheulichste soziale Verbrechen. Nicht um die Ausschweifung handelt es sich dabei. Es ist ja sehr natürlich, daß man unter den Prostituierten, wie das die Letzte konstatieren, einen großen Prozentsatz von Personen mit abnormem Geschlechtsreiz findet. Solche werden am leichtesten in diesen sumpfigen Abgrund heruntergestoßen, aber unter der einen Bedingung: wenn sie arm sind. Sind sie reich, so finden sie andere Mittel, sich der tollsten Ausschweifung zu ergeben, als das traurige, verachtungsvolle Dasein in den verrufenen Häusern. Und sind es Kranke, so kann man sich dem etwas Schlimmeren denken, als dieses: daß man diese Kranken, statt für ihre Heilung zu sorgen, der Bevölkerung der Großstädte zur Befriedigung ihrer Gelüste ausstößt, sie zu einem Dasein verurteilt, welches ihre kranke Veranlagung bis zum Allerheiligsten entwickelt, daß man diese Kranken körperlich und geistig ruiniert und sie obendrein moralisch mit den Füßen tritt! Seltener Weise sind aber gerade jene Letzte, welche das meiste Gewicht auf die organische Veranlagung der Prostituierten legen, geneigt, diese Erscheinung leicht hinzunehmen. „Kranke gab es immer und wird es immer geben“ — das ist der ewige Refrain ihrer Erörterungen. Was sie nicht einsehen wollen, ist, daß es sich um einen Mißbrauch der Kranken handelt, und zwar um den schändlichsten, welchen die Wissenschaft kennt. Kranke gehören ins Krankenhaus und nicht ins Bordell!

Und Unzählige giebt es, die unter anderen Verhältnissen sittsame Ehefrauen und ehrenhafte Mütter geworden wären, die aber durch die Noth, im Kampfe um den wissenden Brod in das gräßliche Elend gerathen sind! Man weiß, wie elend die Löhne der Arbeiterinnen sind. Diese geringen Löhne bedingen die Prostitution und andererseits haben sie, in gewissen Branchen zumal, die Prostitution direkt zur Grundlage. Es ist eine allgemein anerkannte Thatsache, daß die Kaufleute der Großstädte ihre Verkäuferinnen nicht zu dem billigen Lohne haben könnten, den sie zahlen — denn dieser reicht zum Lebensunterhalt in der Großstadt nicht aus — wenn die Mädchen nicht in der Prostitution einen Nebenverdienst finden wüßten. Wäre das letztere nicht der Fall, so müßten sich die Inhaber jener Waarenhäuser zu höheren Löhnen bequemen: jetzt theilen sie sich mit den Zuhältern in den Verdienst des horizontalen Handwerks.

Jene Kaufleute allein wären es aber nicht, die darunter zu leiden hätten, wenn es gelungen wäre, die Prostitution aus der Welt zu schaffen. Das würde nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine Revolution der Ehe- und Familienverhältnisse bedeuten.

Dieselben sozialen Verhältnisse, welche der Frau die Existenzmittel rauben, erlauben es den Männern in vielen Fällen bis zu einem sehr späten Alter nicht, eine Familie zu gründen. Und zwar erscheint das Problem der Ehe desto schwieriger, je höher die Ansprüche sind, welche der Haberechts an das Leben stellt. Bis zum 30. Lebensjahre ist die Zahl der ledigen Männer auf jeder Altersstufe höher, als jene der verheirateten und nur von da an wird das Verhältnis umgekehrt. Immerhin giebt es auch noch unter den über 30 Jahre alten Männern rund eine Million, die ledig

sind. Diese müssen sich eben außerhalb der Ehe zu helfen wissen. Aber das ganze Dasein dieser Menschenschicht ist ein Hohn auf die bürgerliche Sittenreinheit. Nun beginnt ja die Kenntniß des Mannes vom Weibe in unserer Zeit nicht erst mit dem 30. Jahre. Die Zahl der Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren, die nicht verheiratet sind, ist in Deutschland ca. 5½ Millionen. Das ist der Markt für die Prostitution in ihren zahllosen Nuancierungen. Er ist nicht viel geringer als der Heirathsmarkt, da die Zahl der Verheirateten rund 8½ Millionen beträgt. Prostitution und Ehe haben in der bürgerlichen Gesellschaft die gleiche soziale Berechtigung. Beide ergänzen sich gegenseitig und stehen zugleich in einem Konkurrenzverhältnis zu einander. Die honeste bürgerliche Frau, die aus Langeweile, Nichtsthum, Geisteskränklichkeit mit dem Freund des Hauses liebelt, drückt den Preis der Prostituirten, mit der sie unglücklicheren Wettbewerb treibt.

Mag sein, daß man die geschlechtlichen Abnormitäten nie wird beseitigen können, jedenfalls ist das ein Problem der Medizin und nicht der Politik. Daß aber diese Abnormitäten zur Erwerbquelle dienen, daß das Laster bezahlt und die Ausschweifung gezüchtet wird, das ist kein Gesetz der Natur, sondern ein sozialer Mißstand, der sich beseitigen läßt. Freilich nicht auf dem Wege der polizeilichen Verordnungen, sondern auf jenem der Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wir müssen den tierischen Kampf ums Dasein aus der Gesellschaft ausmerzen. Jeder Mann und jede Frau müssen sicher sein, ihr materielles Auskommen zu finden, und die Sorge um die Kinder muß nicht auf den Eltern allein lasten, sondern zu einem guten Theil von der Gesellschaft getragen werden. Ist aber der ökonomische Zwang geklärt, dann verschwinden die Prostitution wie auch die Heirath. Es werden dann gewiß früher und zahlreichere Ehen geschlossen werden, und doch sind wir überzeugt, daß es dann um die Beständigkeit und Reinheit des Eheverhältnisses besser bestellt sein wird, als jetzt, wo sehr viele, vielleicht die meisten nicht aus persönlicher Zuneigung, sondern aus Noth, aus geschäftlichen Rücksichten den Ehebund eingehen und die Frau gerade in den bürgerlichen Kreisen oft nur deshalb das ihr verhaftete gewordene Ehejoch trägt, weil sie sonst für ihre Kinder kein Fortkommen finden könnte. Auch um die Sittlichkeit der Jugend wird es besser bestellt sein, wenn es keine Frauen mehr geben wird, die gezwungen sind, sich Jedem hinzugeben, der sie bezahlt. Die Stellung der Frau, das Familienverhältnis wie die gesammte Moral der Gesellschaft wären dadurch auf ein höheres Kulturniveau gebracht.

Aber in der bürgerlichen Gesellschaft giebt es für diese Aenderungen keinen Raum. Denn die materielle Sicherstellung der Massen steht im Widerspruch mit der Ausbeutung. Und daß dem so ist, daß die bürgerliche Gesellschaft mit der Prostitution nicht fertig werden kann, das ist eine brutale Thatsache, vor der alle sozialreformistische Quacksalberei in sich selbst verwindet. Wenn Professoren der Sozialpolitik aus den Dezimalbrüchen der Statistik die Tendenz der Hebung der Lage der Arbeiter ableiten, weil die Arbeitslöhne gelegentlich um einige Pfennige steigen, diese Gesellschaftsordnung als die beste herrschlichen, so thun sie nur, was ihres Amtes als Professoren ist, — aber wir halten unseren Blick frei und lassen wegen der Vertiefung des sozialpolitischen Fortschritts die großen Grundübel dieser Gesellschaft — Armut, Prostitution, Verbrechertum — nicht aus dem Auge, ja wir wissen, daß die Sozialpolitik selbst nur das Gegenbild, wenn auch ein umgekehrtes, der Ausbeutung ist, daß die Nothwendigkeit der ersteren durch das Vorhandensein der letzteren bedingt ist. Wenn wir auf der einen Seite das haben, was Genosse Wollmar jüngst im Reichstage ein „Langjames Aufwärtssteigen“ nannte, auf der anderen Seite die „sittliche Nothheit“, die Genosse Wollmar aus dem Kontrast zwischen Reichtum und

Massenelend“ ableitete, so ist dieser Gegensatz für uns zugleich der Gegensatz zwischen Sozialreform und sozialer Revolution.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Zug von Buchbindern ist ferngehalten von Eberfeld-Barmen, Einiebeln (Firma Benziger u. Co.), Stockholm (Hofbuchbinderei P. Herzog) und Brunn (Firma Seblach). — Die Erfurter Maler sind in den Ausstand getreten. Die Innung hatte dem von den Gesellen eingereichten Tarif einen eigenen gegenübergestellt, in dem alle Forderungen der Gehülften verworfen waren. Ein relativ besseres Resultat hatten schon die Verhandlungen, welche dann die Lohnkommission mit den einzelnen Arbeitgeber anknüpfte. 6 Firmen bewilligten sofort, eine größere Anzahl war zu theilweisen Zugeständnissen bereit, die aber abgelehnt wurden. Auch der frühere Obermeister der Malerinnung, Lemde, Inhaber eines der renommiertesten Geschäfte, hat den Tarif nachträglich bewilligt. — Die Tapezierer in Mannheim-Ludwigs-hafen stehen in einer Lohnbewegung. — Die Dresdener Holzbildhauer haben an die Meister die Forderung auf Abschaffung der Affordarbeit gestellt. Sollte diese bis Montag nicht bewilligt werden, beabsichtigen sämtliche Bildhauer in den Ausstand zu treten. Zug von Bildhauern nach Dresden ist daher ferngehalten. — In den belgischen Kohlen-districten sind einige partielle Streiks ausgebrochen. — Zweihundert im Hafen von Barcelona (Spanien) beschäftigte Kohlen-träger sind in den Ausstand getreten.

Der Kohlenarbeiterstreik in Mährisch-Odrau wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen beendet. Das Streikomitee beschloß, nach der „Frei. Ztg.“, Sonnabend den Arbeitern die Wiederaufnahme unter der Bedingung zu empfehlen, daß sie die den Gewerkschaften zugehörigen gemachten Zugeständnisse, insbesondere den Generalpardon für alle Streitenden, aufrecht erhalten. Es wurde betont, daß der Zweck des Streikes erreicht sei, da das Parlament durch ihn gezwungen wurde, den Weg zur gegenseitigen Einführung des Achtstundentages zu betreten.

Der Typographenstreik in Finland, der fast 2000 Setzer und Drucker umfaßt, hat am 13. d. M. in ganzen Lande begonnen. Die Typographen verlangten im Oktober 1899 eine Lohnserhöhung, da ihre Löhne stehen geblieben waren, während die aller anderer Arbeiter erhöht wurden. Die geforderte Lohnaufbesserung war sehr bescheiden und entsprach nur dem Steigen der Lebensmittelpreise. Aber die Arbeitgeber lehnten sogar jede Unterhandlung ab und sind jetzt hoch entrüstet, wie die ganze kapitalistische Presse, daß die Drucker wegen ihrer „übertriebenen Forderungen“ wagten, einen Streik zu beginnen zu einer Zeit, da die Druckereien mit Arbeit überhäuft seien. Ja, sie beschuldigen die Arbeiter des Verraths am Vaterlande, weil die Parlamentsarbeiten durch die Verhinderung der Druckerarbeiten verzögert würden. Nun haben sich aber die schwedisch-sprechenden Studenten und Ingenieur-Clubs gemeldet, um der „Vergewaltigung durch die Arbeiter abzuhelfen“; sie sowie einige junge Damen der Oberklasse wollen die Arbeit der Druckerarbeiter übernehmen! Es sind bis jetzt 170 Personen, die in einer Helfingforjer Druckerei beschäftigt sind, und sich auch zur Nacharbeit bereit erklärt haben.

Der dänische Tischlerverband hat den Berliner Ausgesperrten eine Unterstützung von 500 Kronen gesandt; außerdem sind dem Hauptvorstand in Stuttgart 800 Kronen von derselben Organisation für den Streikfonds überwiesen. Ein Beweis des trefflichen Solidaritätsgefühls der dänischen Gewerkschaften.

Am Milzbrandvergiftung ist in Offenbach aber-

Das Fräulein von Scuderi.

Erzählung aus dem Zeitalter Ludwigs XIV.
Von E. A. Hoffmann.

(5. Fortsetzung.)

Den Auftritt mit dem Meister Rene brachte die Scuderi in gar anmuthige Verse, die sie den folgenden Abend in den Gemächern der Maintenon dem Könige vorlas. Wohl mag es sein, daß sie auf Kosten Meister Rennes, alle Schauer heimlicher Ahnung beiseite, das ergötliche Bild der drei und siebenjährigen Goldschmieds-Bräut von uraltem Adel mit lebendigen Farben darzustellen gewußt. Genug, der König lachte bis in's Innerste hinein und schwur, daß Voileau Despreaux seinen Meister gefunden, weshalb der Scuderi Gedicht für das Wichtigste galt, das jemals geschrieben.

Mehrere Monate waren vergangen, als der Zufall es wollte, daß die Scuderi in der Glaskutsche der Herzogin von Montanfier über den Pontneuf fuhr. Noch war die Erfindung der zierlichen Glaskutschen so neu, daß das neugierige Volk sich zudrängte, wenn ein Fuhrwerk der Art auf den Straßen erschien. So kam es denn auch, daß der gaffende Pöbel auf dem Pontneuf die Kutsche der Montanfier umringte, beinahe den Schritt der Pferde hemmend. Da vernahm die Scuderi plötzlich ein Geschimpfe und Gefluche und gewahrte, wie ein Mensch mit Faustschlägen und Rippenstößen sich Platz machte durch die dicke Masse. Und wie er näher kam, trafen sie die durchbohrenden Blicke eines todtbleichen, gramverstörten Jünglings-Antlitzes. Unverwandt schaute der junge Mensch sie an, während er mit Ellbogen und Fäusten rüstig vor sich wegarbeitete, bis er an den Schlag des Wagens kam, den er mit stürmender Hastigkeit aufriß, der Scuderi einen Zettel in den Schooß warf, und Stöße, Faustschläge ausstehend und empfangend, verschwand wie er gekommen. Mit einem Schrei des Entsetzens war, so wie der Mensch am Kutschenschlage erschien, die Marti-

niere, die sich bei der Scuderi befand, entsetzt in die Wagenkissen zurückgeworfen. Vergebens riß die Scuderi an der Schnur, rief dem Kutscher zu, der, wie vom bösen Geiste getrieben, peitschte auf die Pferde los, die den Schaum vor den Mäulern wegspritzend, um sich schlugen, sich häumten, endlich in scharfem Trab fortjagten über die Brücke. Die Scuderi goß ihr Niesfläschchen über die ohnmächtige Frau aus, die endlich die Augen aufschlug und zitternd und bebend, sich krampfhaft festklammernd an die Herrschaft, Angst und Entsetzen im bleichen Antlitz, mühsam stöhnte: Um der heiligen Jungfrau willen! was wollte der fürchterliche Mensch? — Ach! er war es ja, er war es, derselbe, der Euch in jener schauerhaften Nacht das Kästchen brachte! — Die Scuderi beruhigte die Arme, indem sie ihr vorstellte, daß ja durchaus nichts Böses geschehen, und daß es nur darauf ankomme, zu wissen, was der Zettel enthalte. Sie schlug das Blättchen auseinander und fand die Worte:

Ein böses Verhängniß, das Ihr abwenden konntet, stößt mich in den Abgrund! — Ich beschwöre Euch, wie der Sohn die Mutter, von der er nicht lassen kann, in der vollsten Gluth kindlicher Liebe, den Halschmuck und die Armbänder, die Ihr durch mich erhieltet, unter irgend einem Vorwand — um irgend etwas daran besser — ändern zu lassen, zum Meister Rene Cardillac zu schaffen; Euer Wohl, Euer Leben hängt davon ab. Thut Ihr es nicht bis übermorgen, so dringe ich in Eure Wohnung und ermorde mich vor Euren Augen!

Nun ist es gewiß, sprach die Scuderi, als sie dies gelesen, daß, mag der geheimnißvolle Mensch auch wirklich zu der Bande verrückter Diebe und Mörder gehören, er doch gegen mich nichts Böses im Schilde führt. Wäre es ihm gelungen, mich in jener Nacht zu sprechen, wer weiß, welches sonderbare Ereigniß, welches dunkle Verhältniß der Dinge mir klar worden, von dem ich jetzt auch nur die leiseste Ahnung vergebens in meiner Seele suche. Mag aber auch die Sache sich nun verhalten, wie sie will, das was mir in

diesem Blatt geboten wird, werde ich thun, und geschähe es auch nur, um den unseligen Schmuck los zu werden, der mir ein höllischer Talisman des Bösen selbst dünkt. Cardillac wird ihn doch wohl nun seiner alten Sitte getreu, nicht so leicht wieder aus den Händen geben wollen.

Schon am andern Tages gedachte die Scuderi, sich mit dem Schmuck zu dem Goldschmied zu begeben. Doch war es, als hätten alle schönen Geister von ganz Paris sich verabredet, gerade an dem Morgen das Fräulein mit Versen, Schauspielen, Anekdoten zu bestürmen. Kaum hatte la Chapelle die Szene eines Trauerspiels beendet, und schlaun versichert, daß er nun wohl Racine zu schlagen gedenke, als dieser selbst eintrat, und ihn mit irgend eines Königs patetischer Rede zu Boden schlug, bis Voileau seine Leuchtugeln in den schwarzen tragischen Himmel steigen ließ, um nur nicht ewig von der Colonnade des Louvre schwanken zu hören, in die ihn der architektonische Doktor Perrault hineingeengt.

Hoher Mittag war geworden, die Scuderi mußte zur Herzogin Montanfier, und so blieb der Besuch bei Meister Rene Cardillac bis zum andern Morgen verschoben.

Die Scuderi fühlte sich von einer besondern Unruhe gepeiniget. Beständig vor Augen stand ihr der Jüngling und aus dem tiefsten Innern wollte sich eine dunkle Erinnerung aufregen, als habe sie dies Antlitz, diese Züge schon gesehen. Den leisesten Schlummer störten ängstliche Träume, es war ihr, als habe sie leichtsinnig, ja strafwürdig verjäumt, die Hand hilfreich zu erfassen, die der Unglückliche, in den Abgrund versinkend, nach ihr emporgestreckt, ja als sei es an ihr gewesen, irgend einem verderblichen Ereigniß, einem heillosen Verbrechen zu steuern! — So wie es nur hoher Morgen, ließ sie sich ankleiden, und fuhr, mit dem Schmuckkästchen versehen, zu dem Goldschmied hin.

Nach der Straße Micaise, dorthin, wo Cardillac wohnte, strömte das Volk, sammelte sich vor der Hausthüre — schrie, lärmte, tobte — wollte stürmend hinein, mit Mühe abgehalten von der Marechaussee, die das Haus umstellte. Im

maals ein Lederarbeiter gestorben. Er hatte während der Arbeit einen Gesichtspickel aufgetragen und dabei das Gift auf sich übertragen.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Halle a. S. hat 200 Gesellen ausgesperrt. Der Verband ersucht seine Mitglieder, keinen dieser Leute ohne Entlassungsschein in Arbeit zu nehmen. Das ist Arbeitgeberterrorismus schlimmster Sorte!

Die schwarzen Listen! Gegen den Firmeninhaber des Düsseldorfer Emillierwerks, Dr. Elberz, haben, wie man uns schreibt, ca. 50 Metallarbeiter Klage erhoben beim Landgericht, weil Dr. E. sie auf schwarzen Listen verfehmt und ihnen vorläufige Schäden zugefügt hat. Namentlich haben auch solche Arbeiter geklagt, die von Dr. E. auf schwarze Listen „irrtümlicherweise“ verfehmt worden sind und mit dem hiesigen Metallarbeiterstreik absolut gar nichts zu thun hatten. Die Klage ist erhoben worden auf Grund des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern Schaden zufügt, ist dem andern zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“ — Herr Rechtsanwalt Westhaus-Düsseldorf ist Vertreter der Streikenden. Auf den Ausgang dieses für die Gesamt-Arbeiterschaft wichtigen Prozesses darf man gespannt sein. Der Streik steht nach wie vor günstig für die Metallarbeiter! (Zug nach Düsseldorf fernhalten!)

Oberschlesischer Arbeitertod. Als „lebende Fackel“ ist ein Kesselwärter Krzif von der Zernitzgrube bei Beuthen verbrannt. Mit seinen überdünnten Kleidern kam er einer offenen Lampe zu nahe, fing Feuer und verlor, ehe Rettung kam. — Ferner wurde auf der brennenden Zinkhalde der Fanny-Zinkhütte bei Kattowitz eine verkohlte Leiche gefunden. Wie so viele Obdachlose hatte sich auch der Verbrannte auf die warme Halde gelegt in die Nähe des Feuers. Im Schlaf war das Feuer über ihn gekommen und er war verbrannt und verkohlt. — An demselben Tage fand man die Leiche eines verhungerten und erfrorenen Hütteninvaliden vor einem Hause in Kattowitz und eine bereits von Thieren benagte Kindesleiche im Walde des Herrn v. Ziele-Windler. Treffliche Zeichen des glänzenden Geschäftes in der ober-schlesischen Montanindustrie.

Bergmannsloos. In der Grube Altscherben bei Halle geriet ein Bergleute in giftige Gase. Einer von ihnen ist bereits gestorben. — Auf der Brzesowitzer Grube bei Scharlen (Oberschlesien) stürzte Sonnabend Mittag das eiserne Dach eines Neubaus ein, und begrub eine Anzahl Arbeiter unter den Trümmern. Vier Mann sind todt; die Uebrigen wurden ins Lazareth gebracht.

Ein Unternehmerstreik in Sicht. Der „Vorwärts“ schreibt: „Die städtischen Deputationen in Berlin haben nach der Mitteilung des Stadtbauraths Hoffmann das Verlangen der Unternehmer auf Einfügung der berüchtigten Streikklausel in die städtischen Submissionsbedingungen zurückgewiesen. Diese ablehnende Haltung hat nun das organisierte Baunternehmertum so arg verschärft, daß es, wie wir zuverlässig erfahren, mit einem furchterlichen Schritt zu drohen beabsichtigt. Die Herren wollen nämlich nicht mehr und nicht weniger, als den Beschluß fassen, daß jegliche Uebernahme von städtischer Arbeit so lange verweigert werden soll, bis die Stadt sich mit der Streikklausel einverstanden erklärt hat. Das ist ein Unterfangen, so kühn und so — ichon, daß wir, offen gestanden, kaum zu hoffen wagen, es erfüllt zu sehen. So wenig wir sonst an den Verheugungsversuchen des Scharfmacherthums Gefallen finden, dieser Beschluß wäre unserer vollsten Billigung und Unterstützung fähig, und die Berliner Arbeiterschaft würde Alles daran setzen, ihn zur Durchführung zu bringen. Wäre damit doch die so lange von sozialdemokratischer Seite herbeigewünschte Gelegenheit gegeben, durch die That vor aller Welt zu beweisen, wie grenzenlos überflüssig die „Arbeitgeber“ bei städtischen Arbeiten sind. Mit welchem Behagen würden die Arbeiter sich zu Tausenden unter die Leitung der von der Stadt angestellten Ingenieure und Baumeister begeben, um dann bei normalen Gewerkschaftslöhnen Hoch- und Tiefbauten, so viele als begehrt werden, zu errichten! Und mit welcher Seelenruhe können die verantwortlichen Personen in der Stadtverwaltung ihres Amtes walten, wenn sie keinerlei

Furcht mehr zu haben brauchen, daß die Stadt durch schlechte Materialien, lieberliche Arbeit und alle die anderen Krebschäden des Submissionswesens geschädigt würde! Wie wäre es mit einer städtischen Unterstützung des Unternehmerstreiks? In der That, es wäre zu prächtig, wenn die Scharfmacher auch in diesem Falle fest blieben, wenn sie sich am eigenen Größtenwahn zu Grunde richteten!“

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die mysteriöse Mordaffäre in Konitz wird immer verwickelter, wie das nachstehende Telegramm des „B. T.“ beweist: Gleichzeitig mit dem muthmaßlich ermordeten Gymnasialisten Winter ist der achtzehnjährige Wirthschaftslehre Paul Bülow aus Festsorken ver schwunden, der am Sonntag vor acht Tagen aus dem Konitzer Krankenhause entlassen worden war. — Das Schwurgericht in Düsseldorf verurtheilte den 20 jährigen Fabrikarbeiter August Münces aus M.-Glabbach, der am 18. Dezember seinen Vater im Streite mit einem Brodmesser erstach, zu 10 Jahren Zuchthaus. Die That war im Alkoholausrausch verübt worden. — Im Militärbefreiungsprozess zu Elberfeld wurden am Freitag mehrere Angeklagte vernommen. Sie gaben zu, an Strucksberg Geld gezahlt zu haben bis zum Betrage von 2000 Mk., wolle dies aber nur gethan haben, weil sie meinten, Strucksberg habe hohe Verbindungen in militärischen Kreisen und könne sie so vom Militärdienst befreien. Strucksberg habe ihnen Pulver oder Willen gegeben, aber keiner der Angeklagten will diese Mittel benutzt haben. — Der 15jährige Sohn des Baunternehmers Winter aus Pregelau, der seit einigen Tagen vermißt wurde, wurde Freitag in der Nähe des Dries in einem Graben mit aufgeschlitztem Bauche todt aufgefunden. Die Uhr und die Baarschaft des Ermordeten fehlen. — In Suhr (Mergau) ist bei der Probe in der Menagerie Bürglen die 15jährige Tochter des Besitzers von zwei Löwen zerfleischt worden. — Der Leiter der Nordlicht-Expedition Birkeland telegraphirte an das Kultusministerium in Christiania: Von fünf Mitgliedern der Expedition wurden Freitag vier von einer Lawine verschüttet, als sie trotz Abmahnung die Spitze des Gaddetoppen zu erreichen suchten. Alle wurden sofort ausgegraben, doch waren zwei bereits todt. — In Folge Selbstentzündung von Apothekerwaaren brannten am Freitag auf der Station Prokassua der Kasanischen Bahn das Stationsgebäude und alle Dienstgebäude nieder. Zwei Beamte erlitten Brandwunden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde am 14. März vom Beuthener Landgericht gegen den Bergarbeiter Skoh aus Schorley unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. S. wurde mit sechs Monaten Gefängniß bestraft.

Wie es bei der Wahl in Calbe-Mehrdorfen in manchen Orten zugegangen haben mag, zeigt folgendes Bild, welches dem Anhalter „Volkshlatt“ von einem Genossen aus dem zweiten Anhaltischen Wahlkreise, der den Auftrag hatte, mit noch einem Genossen der Wahlhandlung in Athensteden beizuwohnen, nachträglich mitgetheilt wird. Als Wahllokal war ein Zimmer im Schlosse des Oberamtmanns benedict eingerichtet worden. Herr B. war auch zugleich Wahlvorsteher. Unsere Genossen stellten sich an der Thür des Schlosses auf und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Um 10 Uhr erschienen die beiden Amtsdienner sowie der Herr Wahlvorsteher, welcher an unsern Genossen vorüberging, als wenn sie Luft wären. Einer von den Genossen begab sich nunmehr hinauf in das Wahlzimmer, wo schon mehrere Wähler anwesend waren; dort bemerkte er, daß Placetsche Stimmzettel vertheilt würden. Er machte die Zettelvertheiler aufmerksam, daß das Vertheilen im Wahlzimmer verboten sei. Der Wahlvorsteher kam auf ihn los und fragte: „Wer sind Sie und was wollen Sie hier in meiner Wohnung? Wollen Sie sofort machen, daß Sie raus kommen, oder ich schmeiße Sie raus!“ Sofort waren auch zwei Inspektoren, drei Buchhalter u. s. w. um unsern Genossen herum, welcher dem Wahlvorsteher erklärte, daß er hier sei, um die Wahl zu überwachen. Der Wahlvorsteher meinte jedoch, dazu wäre Niemand weiter nöthig, er habe dazu selbst schon Leute bestellt. Die Placetschen Stimm-

zettel wurden nun in dem Raum vor dem Wahlzimmer dessen Thür offen stand, ruhig weiter vertheilt, und der Wahlvorsteher konnte von seinem Tische aus Zeden beobachten ob er einen Placetschen Zettel nahm oder nicht. Unser Genosse trat wiederum an den Wahlvorsteher heran, er möchte entweder die Thür zumachen lassen oder die Zettelvertheiler nach einer für den Wahlvorsteher unsichtbaren Stelle kommandiren. Darob natürlich wieder die größte Aufregung bei dem „Allgewaltigen“. „So muß es bloß noch kommen. In seiner eigenen Wohnung muß man sich noch Vorschriften von den Sozialdemokraten machen lassen. Ihr (zu der Zettelvertheilern) bleibt hier stehen, das ist nicht im Lot und die Thüre bleibt offen, ich kann den Zug, der durch das Öffnen und Zumachen der Thüre entsteht, nicht vertragen!“ In seiner Begeisterung für Placde hat der Herr Wahlvorsteher offenbar vergessen, daß während der Wahlhandlung das Zimmer ein öffentliches Lokal war und keine Privatwohnung. Zur besseren Vorsicht hatte man auch vor dem Schlosse, wo unser Zettelvertheiler stand, noch zwei Placetsche Zettelvertheiler postirt, somit trante sich kein Arbeiter, einen Schmidt'schen Zettel zu nehmen. Daß wir trotzdem 11 Stimmen erhielten, ist fast als ein Wunder anzusehen. Beim Auszählen der Stimmen meinte der Wahlvorsteher zu unserm Genossen: „Daß Sie sich nicht etwa erlauben, sich hinter mich zu stellen, wie bei der letzten Wahl.“ Damit ließ er seine Inspektoren, Buchhalter, Hofmeister u. s. w. um den Tisch stellen und die Uebrigen mustern sehen, wo sie ein Pläckchen fanden. Einige Arbeiter, die noch nicht ganz 25 Jahre alt, jagte der Wahlvorsteher hinaus. Ganz mit Recht meint unser Genosse: Wenn überall die Wahl so vorgenommen worden ist wie in Athensteden, dann ist es kein Wunder, wo die 1200 Stimmen Majorität für Placde her gekommen sind.

Eine eigenartige Beleidigungs-Klage wird am 2. April d. J. vor dem Berliner Schöffengericht zur Verhandlung gelangen. Als der Prozeß gegen den Grafen von und zu Egloffstein von der 7. Strafkammer des Landgerichts verhandelt wurde, fungirte auch der fürzlich als Landgerichtsdirektor nach Beuthen versetzte, damalige Landgerichtsrath Hahn als Beisitzer. Es wurde u. A. auch die Mutter des Mitangeklagten, Privatstallmeister Dietel, vernommen. Als die Zengin den Gerichtssaal betrat, soll Landgerichtsrath Hahn seinem neben ihm sitzenden Kollegen eine Bemerkung zugeflüstert und beide sollen dann mit viel sagenden Blicken erst die Zengin und dann den Angeklagten von Egloffstein angesehen haben. Einer der Verteidiger, Rechtsanwalt Hugo Maruse, hatte dies bemerkt und gab seine Wahrnehmung mit der daran geknüpften Schlussfolgerung an seinen Nebenverteidiger, Rechtsanwalt Gelpke, weiter. Dieser unterrichtete später Frau Dietel davon, die sofort beim Präsidenten des Wahlwerbes erhob, da sie sich durch das Benehmen des Landgerichtsraths Hahn beleidigt fühlte. Sie wurde abgewiesen und beschritt nun den Weg der Privatklage, auf deren Verlauf man gespannt sein darf.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Expedition und Verlag Berlin W., Glöckchenstraße 23) haben ihr Märzheft erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Viktor Fraenkl: Zum Fall Krons. — Carl Legien: Ziel und Mittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung. — Adolph von Elm: Organisationsfrage. — Leon de Seilhac: Die Syndikalisten-Bewegung in Frankreich. — Bruno Boersch: Lokale oder zentrale Gewerkschafts-Organisation? — Stefan Parski: Geschichtsphilosophisches zur Bernstein-Frage. — George Sorel: Ueber die kapitalistische Concentration. — Leo Westenberg: Versuch einer materialistischen Darstellung der Entwicklungsgeschichte der Künste. — Kundschau: Dessenliches Leben. — Bücher.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., das Abonnement pro Quartal 1,50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Colporteurs, Postanstalten.

wilden, verwirrten Geistes riesen zornige Stimmen: Zerreiße, zermalme den verfluchten Mörder! — Endlich erscheint Desgrais mit zahlreicher Mannschaff, die bildei durch den dicken Haufen eine Gasse. Die Hausthüre springt auf, ein Mensch mit Ketten belastet, wird hinausgebracht und unter den gründlichsten Verwünschungen des wüthenden Volkes fortgeschleppt. — In dem Augenblick, als die Scuderie halb entseelt vor Schreck und furchbarer Ahnung dies gemahrt, bringt ein gellendes Jammergeschrei ihr in die Ohren. „Vor! — weiter vor!“ ruft sie ganz außer sich dem Richter zu, der mit einer geschickten raschen Wendung den biden Haufen auseinanderstößt und dichr vor Cardillas Hausthür hält. Da steht die Scuderie Desgrais und zu seinen Füßen ein junges Mädchen, schon wie der Tag, mit ungehörten Haaren, halb entseelt, wilde Angst, trostlose Verzweiflung im Anzug, die hält seine Knie umschlungen und ruft mit dem Ton des entseeltesten, schneidendsten Todes schmerzes: „Er ist ja unschuldig! — er ist unschuldig! Vergeben sie Desgrais, vergeden sie meine Leute Bemühungen, sie loszureißen, sie vom Boden aufzurichten. Ein starker, ungeschlachter Kerl ergreift endlich mit plumpen Fäusten die Arme, zerrt sie mit Gewalt weg von Desgrais, jhranchelt ungeschickt, läßt das Mädchen fahren, die hinabstürzt die keinemern Stufen, und launlos — todt auf der Straße liegen bleibt. Länger kann die Scuderie sich nicht halten. „In Christus Namen, was ist geschehen, was geht hier vor?“ ruft sie, ohne rasch den Schlag, steigt aus. — Ehrerbietig weicht das Volk der würdigen Dame, die, als sie sieht, wie ein paar mitleidige Weiber das Mädchen aufgehoben, auf die Stufen gesetzt haben, ihr die Stirne mit starkem Wasser reiben, sich dem Desgrais nähert, und mit Festigkeit ihre Frage wiederholt. „Es ist das Entsetzliche geschehen“, spricht Desgrais, Rene Cardillac wurde heute Morgen durch einen Dolchstoß ermordet gefunden. Sein Gehele Olivier Druffon ist der Mörder. Eben wurde er fortgeführt ins Gefängniß.“ Und das Mädchen? ruft die Scuderie. „Ist“, fällt Desgrais ein, „ist Madelon, Cardillas Tochter. Der verachtete Mensch war ihr Geliebter. Nun weinst und heult sie, und schreit einmal über das andere, daß Olivier

unschuldig sei, ganz unschuldig. Am Ende weiß sie von der That und ich muß sie auch nach der Conciergerie bringen lassen.“ Desgrais warf, als er dies sprach, einen tüchtigen Blick auf das Mädchen, vor dem die Scuderie erbebt. Eben begann das Mädchen leise zu athmen, doch keines Lauts, keiner Bewegung mächtig, mit geschlossenen Augen lag sie da und man wagte nicht, was zu thun, sie ins Haus bringen, oder ihr noch länger beistehen bis zum Erwachen. Tief bewegt, Thränen in den Augen, blickte die Scuderie den unschuldsvollen Engel an, ihr grante vor Desgrais und seinen Gefellen. Da polterte es dumpf die Treppe herab, man brachte Cardillas Leichnam. Schnell entschlossen rief die Scuderie laut: „Ich nehme das Mädchen mit mir, Ihr möget für das Uebrige sorgen, Desgrais!“ Ein dumpfes Murmel des Besfalls lief durch das Volk. Die Weiber hoben das Mädchen in die Höhe, alles drängte sich hinzu, hundert Hände mühten sich, ihnen beizustehen, und wie in den Lüften schwebend wurde das Mädchen in die Kutsche getragen, indem Segnungen der würdigen Dame, die die Unschuld dem Blutgericht entriß, von allen Lippen strömten.

Saron's, des berühmtesten Arztes in Paris, Bemühungen gelang es endlich, Madelon, die hundentlang in starrer Bewußtlosigkeit gelegen, wieder zu sich selbst zu bringen. Die Scuderie vollendete, was der Arzt begonnen, indem sie manchen milden Hoffnungsstrahl leuchtend ließ in des Mädchens Seele, bis ein heftiger Thränenstrom, der ihr aus den Augen stürzte, ihr Luft machte. Sie vermochte, indem nur dann und wann die Uebermacht des durchbohrendsten Schmerzes die Worte in tiefem Schluchzen ersäute, zu erzählen, wie sich alles begeben.

Am Mitternacht war sie durch leises Klopfen an ihrer Stubenthür geweckt worden, und hatte Oliviers Stimme vernommen, der sie beschworen, doch nur gleich aufzustehen, weil ihr Vater im Sterben liege. Entsetzt sei sie aufgesprungen und habe die Thür geöffnet. Olivier, bleich und empfindlich, von Schweiß triefend, sei, das Licht in der Hand, mit wankenden Schritten nach der Werkstatt gegangen, sie ihm gefolgt. Da habe der Vater gelegen mit starren Augen

und geröchelt im Todestampfe. Jammernd habe sie sich über ihn gestürzt und nur erst sein blutiges Gesicht bemerkt. Olivier habe sie sanft weggezogen und sich dann bemüht, eine Wunde auf der linken Brust des Vaters mit Wundsalz zu waschen und zu verbinden. Während dessen sei des Vaters Bestimmung zurückgekehrt, er habe zu röcheln aufgehört, und sie, dann aber Olivier, mit seelenvollem Blide angeschaut, ihre Hand ergriffen, sie in Oliviers Hand gelegt und Beide heftig gedrückt. Beide, Olivier und sie, wären bei dem Lager des Vaters auf die Knie gefallen, er habe sich mit einem schneidenden Laut in die Höhe gerichtet, sei aber gleich wieder zurückgesunken und mit einem tiefen Seufzer verschieden. Nun hätten sie Beide laut gesammert und geklagt. Olivier habe erzählt, wie der Meister auf einem Gange, den er mit ihm auf sein Geheiß in der Nacht habe machen müssen, in seiner Gegenwart ermordet worden, und wie er mit der größten Anstrengung den schweren Mann, den er nicht auf den Tod verwundet gehalten, nach Hause getragen. So wie der Morgen angebrochen, wären die Hansleute, denen das Gepolter, das laute Wimmen und Jammern in der Nacht aufgefallen, heraufgekommen und hätten sie noch ganz trostlos bei der Leiche des Vaters knieend gefunden.

Nun sei Lärm entstanden, die Marechaussee eingedrungen und Olivier als Mörder seines Meisters ins Gefängniß geschleppt worden. Madelon fügte nun die rührendste Schilderung von der Jugend, der Frömmigkeit ihres geliebten Olivier hinzu. Wie er den Meister, als sei er sein eigener Vater, hoch in Ehren gehalten, wie dieser seine Liebe in vollem Maaße erwidert, wie er ihn trotz seiner Armuth zum Eidam erforen, weil seine Geschicklichkeit seiner Treue, seinem edlen Gemüth gleichgekommen. Das Alles erzählte Madelon aus dem innersten Herzen heraus und schloß damit, daß, wenn Olivier in ihrem Beisein dem Vater den Dolch in die Brust gestoßen hätte, sie dies eher für ein Blendwerk des Satans halten, als daran glauben würde, daß Olivier eines solchen entsetzlichen, grauenvollen Verbrechens fähig sein könne.

(Fortsetzung folgt).